

Baukulturelle Leitlinien

**Dokumentation der Workshops am 21. März 2024
im Haus der Statistik, Berlin**

Eindrücke aus den Workshops



Teilnehmende

Anwesende Mitglieder der AG, des Projektteams und Fachbeirats

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)

Anne Keßler

Stephan Mayer

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Dr. Alexander Fichte

Ulrike Tillmann

Projektteam Baukultur

Brigitta Bungard, QrflD, Studio für visuelle Kommunikation

Dr. Ares Kalandides, Inpolis Urbanism GmbH

Dr. Bastian Lange, Multiplicities

Anneke von Holst, Kommunikation & Konzepte für Architektur und Stadt

Simon Wöhr

Fachbeirat

Prof. Katja Fischer, Stiftung Baukultur Thüringen | Universität Kassel

Dr. Turit Fröbel, Die Stadtdenkerei

Reiner Nagel, Bundesstiftung Baukultur

Robert Temel, Plattform Baukulturpolitik, Wien

Zielsetzung der Workshops sowie Erläuterungen zur Dokumentation

Ziele der Veranstaltung

- Vorstellung des bisherigen Arbeitsstands der Leitlinien
- Diskussion und Ergänzung der Maßnahmen und Empfehlungen
- Informierung von Schlüssel- und Multiplikatorakteuren aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Verbände

Ziele der Workshops

- Vertiefung und Verfeinerung der Maßnahmen und Empfehlungen
- Aufnahme weiterer Aspekte für die Maßnahmen und Empfehlungen
- Einbindung von Schlüssel- und Multiplikatorakteuren aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Verbände in den Erstellungsprozess der Leitlinien

Hinweise für die folgende Dokumentation

- Die Dokumentation stellt im ersten Schritt die Fotos der Arbeit in den Workshops vor
- Im zweiten Schritt erfolgt ein 1:1-Übertrag der Hinweise von den Boards auf eine verschriftliche digitale Ebene
- Im dritten Schritt erfolgt eine Clusterung und Gruppierung. Die hohe Anzahl von Maßnahmen und Empfehlungen in einigen Leitlinien bringt es mit sich, dass die Hinweise zu einzelnen Maßnahmen und Empfehlungen direkt dargestellt wurden. In anderen Leitlinienbereichen lag eine geringere Zahl von Maßnahmen und Empfehlungen vor, so dass in diesen Workshops eine erste Clusterung sinnfällig war.
- Fotografische Eindrücke untergliedern die Dokumentationsbereiche entlang der 8 Leitlinien.

Teilnehmende

in alphabetischer Reihenfolge

Geraldine Abbate, HOWOGE
Dr. Olaf Bahner, Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten BDA
Katja Becken, Umweltbundesamt (UBA)
Henrike Böhm, Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)
Elisabeth Broermann, Architects for Future
Anca Cârsteian, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Sofia Ceylan, T O M A S Transformation of Material and Space
Andreas Fink, Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) Land Brandenburg
Torsten Förster, Architektenkammer Berlin
Daniel Föste, ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken, Bundesingenieurkammer (BingK) | Bayerische Ingenieurkammer-Bau
Vera Hartmann, Sauerbruchhutton
Andrea Hofmann, Haus der Statistik
Beate Hückelheim-Kaune, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Maria Isabettini, nonconform
Dr. Juliane Jäger, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Susanne Jahn, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V.
Dipl.-Ing. (TU) Andrea Jürges, DAM Deutsches Architekturmuseum, Frankfurt a. Main
Dr. Robert Kaltenbrunner, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Sabine Kesse-Wipprecht, Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) | Baudirektorin

Bianca Klein, Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz | Netzwerk Baukultur der Länder
Peter Köddermann, Baukultur NRW | Netzwerk Baukultur der Länder
Kristin Lazarova, Netzwerk Urbane Praxis e.V.
Lara Möller, Deutscher Städte- und Gemeindebund
Felicia Müller, Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg
Kerstin Oertel, Landeshauptstadt München
Paula Oster, Kulturräume gestalten
Barbara Pampe, Montag Stiftung Gesellschaft und Jugend
Gesa Petersen, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Dr. Tillman Prinz, Bundesarchitektenkammer (BAK)
Martin Püschel, HOWOGE
Franz Reschke, BDLA Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen | Franz Reschke Landschaftsarchitektur GmbH
Konrad Rothfuchs, Argus Stadt und Verkehr Partnerschaft mbh
Ruth Schagemann, Bundesarchitektenkammer e.V. / Büro Brüssel
Rudi Scheuermann, Arup Deutschland
Marika Schmidt, mrschmidt Architekten GmbH
Margit Sichrovksy, LXSy Architekten
Mathias I. Sonne, Royal Danish Embassy Berlin
Lorena Valdivia-Steel, Scientists for Future
Petra Wessler, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Carl Zillich, Projektbüro Innenstadt Bremen

Foto Credits: Konstantin Börner

Teilnehmende Institutionen und Unternehmen

in alphabetischer Reihenfolge

Architects for Future
Architektenkammer Berlin
Argus Stadt und Verkehr Partnerschaft mbh
Arup Deutschland
Bayerische Ingenieurkammer-Bau
Baukultur NRW | Netzwerk Baukultur der Länder
BDLA Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen
Beauftragte für Kultur und Medien (BKM)
Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten BD
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Bundesarchitektenkammer e.V. (BAK)
Bundesingenieurkammer (BingK)
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB)
DAM Deutsches Architekturmuseum, Frankfurt a. Main
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutscher Städtetag
Haus der Statistik
HOWOGE
Kulturräume gestalten
Landeshauptstadt München
LXSY Architekten
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz | Netzwerk Baukultur der Länder
Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung (MIL) Land Brandenburg

Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen des Landes Baden-Württemberg
Montag Stiftung Gesellschaft und Jugend
mrschmidt Architekten GmbH
Netzwerk Urbane Praxis e.V.
nonconform
Projektbüro Innenstadt Bremen
ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Royal Danish Embassy Berlin
Sauerbruchhutton
Scientists for Future
T O M A S Transformation of Material and Space
Umweltbundesamt (UBA)
Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung SRL e.V.

Foto Credits: Konstantin Börner

Eindrücke aus den Workshops



1 Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

tritt ein

& Gesunde, lebensroot
2 Ziele:
1) Klimaschutz
2) Umbaukultur

Verfahren
Verfahren

Bund-Länder-Programme entsprechend Modell
Städtebauförderung
erfolgt seit den 1960er

von BfL
Klimaschutz
SEL e.V.

MUT: Um-
Waltungen
fördern

Von dem Programm
"Städtebauförderung"
lernen (Bund/Länder)
Zusammenarbeit auch
dominieren

Förderung von
Projekt
"Phase 0"

KONZEPTVERGABEN
OHNE
VERBINDLICHE EINHALTUNG
VON NORDEN

Planungsgrundlagen
vereinfachen,
moderisieren

Planungsgrundlage
revolutionieren
- wenig Raum verb
- wenig Technik
- mehr Inhalt + Gebrauch

+ ENERGIE-
VERBRUCH!
↔ + Kosten
erhalten

Grenzüberschreitend
+ Kosten
erhalten

Bauen muss ein-
jahr werden!

Vergabe von Planungsaufgaben mehr an
Baukultur beiräten
(UfV)

Genehmigungen an Klimaziele koppeln/CO2 Budgets in Baubehörden

Abriss-
Genehmigungsverfahren
einführen

DER BUND KANN NICHT
ALLEIN FÜR I. OUF CELE-
STREBE, KLIMANEUTRALITÄT + KLIMA-
ANGEPASSTHEIT UMWELT SICHEN.
BUND, DER BUND TRITT FÜR
(...) UMWELT EIN.

EINFÜHRUNG VON
GESÄUNDETYP E

Bauelemente
aufpassen
"à la"
Omnibus
+ Schritte

"low tech .E"
vs
"smart home
city"
Vulnerabilität vs Resilienz

Leitlinie 1

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

tritt ein

L1 Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

auch mit eigener Maßnahme

Genehmigungen an Klimaziele knüpfen/ CO₂ Budgets in Bauantrag ausweisen

Abrissgenehmigungsverfahren einführen

MUT: Innovationen fördern

& Gesunde, lebenswerte

Förderung von Projekten "Phase 0"

Der Bund kann nicht allein für gut gestaltete, klimaneutrale + klimaangepasste Umbau sorgen. Besser: Der Bund tritt für (...) Umwelt ein.

Konzeptvergaben OHNE verbindliche Einhaltung von Normen

2 Ziele
1) Klimaschutz
2) Umbaukultur

gerne Diskurs hierzu mit SRL e.V.

Förderverfahren vereinfachen

Bund-Länder-Programme entsprechend "Model Städtebauförderung etabliert seit den 1970ern"

Einführung von Gebäudetyp E

Gebäudenutzen + Kosten evaluieren

+ Energieverbrauch!

Baugenehmigungsverfahren "à la Österreich" gestalten (Idee: "Schöffengericht der Baukultur")

Planungsgrundlagen vereinfachen, modernisieren

Von dem Programm "Städtebauförderung" lernen (Bund-Länder Programm) Zusammenarbeit auch der Ministerien

Planungsgrundlage revolutionieren

mehr Reallabore für Re-use Projekte um Prozesse und alle anderen Themen zu testen und zu verstetigen

Bauen muss einfacher werden!

Vergabe von Planungsaufgaben mehr an Baukultur binden (VgV)

- weniger Raum umbauen
- weniger Technik
- mehr Gestalt + Gebrauch

L1 Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Verbindlichkeit in der Planung

Vergabe von Planungsaufgaben mehr an Baukultur binden (VgV)

Genehmigungen an Klimaziele knüpfen/ CO₂ Budgets in Bauantrag ausweisen

Neuerungen in der Planung

Planungsgrundlage revolutionieren

Abrissgenehmigungsverfahren einführen

Baugenehmigungsverfahren "à la Österreich" gestalten (Idee: "Schöffengericht der Baukultur")

Einführung von Gebäudetyp E

Bund-Länder-Programme entsprechend "Model Städtebauförderung etabliert seit den 1970ern"

Von dem Programm "Städtebauförderung" lernen (Bund-Länder Programm) Zusammenarbeit auch der Ministerien

Formulierung der Leitlinie

Der Bund kann nicht allein für gut gestaltete, klimaneutrale + klimaangepasste Umbau sorgen. Besser: Der Bund tritt für (...) Umwelt ein.

auch mit eigener Maßnahme

& Gesunde, lebenswerte

2 Ziele
1) Klimaschutz
2) Umbaukultur

Innovationsförderung

mehr Reallabore für Re-use Projekte um Prozesse und alle anderen Themen zu testen und zu verstetigen

MUT: Innovationen fördern

Förderung von Projekten "Phase 0"

Vereinfachte Verfahren

Planungsgrundlagen vereinfachen, modernisieren

Konzeptvergaben OHNE verbindliche Einhaltung von Normen

Bauen muss einfacher werden!

Förderverfahren vereinfachen

Weiteres

- weniger Raum umbauen
- weniger Technik
- mehr Gestalt + Gebrauch

Gebäudenutzen + Kosten evaluieren

+ Energieverbrauch!

gerne Diskurs hierzu mit SRL e.V.

L1 Maßnahmen

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Der Bund setzt sich für rechtssichere Prüfverfahren zur Wiederverwendung von gebrauchten Baustoffen und Bauteilen und für den Aufbau eines privatwirtschaftlich organisierten Kreislaufsystems ein.

Der Bund unterstützt die Wertesetzung von Bestand (Analyse)

Klärung Abfall-/Produktstatus

Der Bund berücksichtigt bei der Bedarfsplanung zu einer Baumaßnahme (Neu- oder Umbau) baukulturelle Kriterien.

Der Bund fördert die Forschung, die Entwicklung und die Erprobung zukunftsweisender, technologischer und sozialer Innovationen als wichtige Grundlage für eine nachhaltige Baukultur.

Der Bund unterstützt den Aufbau eines Kreislaufwirtschaftssystem von Baustoffen und Bauprodukten.

...und digitalisiert seinen Bestand zur späteren Wiederverwendung

Der Bund gibt Anreize für klimaschützende Sanierungen, Modernisierungen und Weiternutzungen von Bestandsbauten unter Berücksichtigung gestalterischer und funktionaler Qualitäten und zur baulich vorsorgenden Anpassung an die Folgen des Klimawandels, wie Starkregen, Sturm, Hagel, Hitze.

Wie sehen d. Anreize aus?

Der Bund erleichtert die regulatorischen Rahmenbedingungen wie das Bauplanungsrecht für das Planen und Bauen im Bestand ohne Schutzanforderungen für Mensch und Natur zu senken.

LBO's auch

massiv

Stopp [...]!

im Zusammenspiel mit [...]

Was heißt das?
§246 E [...]

“Bau-Turbo” darf nicht kommen!
Es wird zum Bodenspekulations-Turbo

& Gesunde, lebenswerte

246 e) hat nichts mit Spekulation zu tun

L1 Maßnahmen

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Der Bund setzt sich dafür ein, dass europäische und nationale Vergabevorschriften überprüft und ggf. vereinfacht werden, z.B. in Bezug auf bevorzugte Verwendung von treibhausgasarmen und schadstofffreien Produkten, rezyklierten Materialien und Vermeidung der Nutzung fossiler Rohstoffe.

Die letzte schlechte Technologie fliegt vom Markt raus. (Baustoffe)

“MÜSSEN” vereinfacht werden

VgV ≠ Prozesskultur Baukultur
→ Dialogische Prozesse ermöglichen!

Mindestvorgaben entwickeln !

Der Bund führt bei geeigneten Baumaßnahmen Planungswettbewerbe und Kunst-am-Bau-Wettbewerbe durch und fördert Kunst am Bau und Baukultur.

Der Bund unterstreicht seine Vorbildwirkung durch die Auszeichnung herausragender Beispiele mit hoher bau- kultureller Qualität durch die Vergabe von Bundespreisen.

Gerade bei Leitlinie 1: Viel Doppeltes/ Inhaltsgleiches

Kunst am Bau wird ergänzt durch Kunst an d. Planung (Urbane Praxis)

Der Bund wendet Qualitätskriterien wie das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) für seine eigenen Planungs- und Bauaufgaben an und entwickelt diese weiter.

Der Bund bekennt sich zu seiner Vorbildfunktion im Bereich Energieeffizienz und wendet die Energieeffizienzfestlegungen Bundesgebäude an.

Weiterentwicklung
- Zirkularität
- Rechtsfragen
- Schadstoffe
- Ressourcen

Der Bund entwickelt ein Wertesystem für Umnutzungen

Auch andere Siegel im Blick behalten!
aktuelle Diskussion QNG

Energieeffizienz nicht ausreichen!
Emissionen berücksichtigen

Zertifizierung vereinfachen

Ressourceneffizienz

L1 Maßnahmen

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Er unterstützt die Einführung eines ressortübergreifenden Indikators, der eine nationale Treibhausgasbilanz des Bauwesens von der Rohstoffgewinnung, über die Baustoff-Bauwerksherstellung sowie den Betrieb bis zum Abbruch und der Abfallaufbereitung erfasst.

THG-Bilanz ≠
Ressourcenschutz
→ Berücksichtigen

Lichtverschmutzung
einbeziehen

“Tunnelblick” → THG-Klimaneutral
↓
erweitern auf Planetare Grenzen!
andere Aspekte:
- Biodiversitätsverlust
- Biochemische Krise
etc.

Der Bund setzt sich für die Erfassung und Begrenzung der klimawirksamen Treibhausgasemissionen im Lebenszyklus von Gebäuden ein.

Der Bund wird einen digitalen Gebäuderessourcenpass einführen, mit dem Ressourcenmanagement und Kreislaufführung unterstützt werden

Wird die Einführung verpflichtend?
[...]

L1 Handlungsempfehlungen

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Für Um- und Neubauten soll ein bewusster und sparsamer Umgang in Bezug auf Flächen, Material- und Energieeinsatz in der Bedarfsplanung und Innovationen für Räume und Prozesse als Grundprinzipien gelten.

regionale Ressourcen nutzen

Örtliche Vergabestellen schöpfen die Möglichkeiten des Vergaberechts hinsichtlich der Verwendung klimafreundlicher Materialien und Produkte unter Vermeidung der Nutzung fossiler Rohstoffe aus.

nicht überall gibt es das [...].
Wie wird das vermittelt?

Maßnahmen ≠ Empfehlungen

plus regional [...]

Die örtlichen Vergabestellen sind bereit jetzt überfordert!

Erforderliche Neubauten orientieren sich an den Zielen zu Klima-, Ressourcen- und Flächenschutz und zielen auf die Schaffung eines Mehrwerts für das Gemeinwohl zum Beispiel, insbesondere zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Biodiversität

Lebensraum Umweltfragen

L1 Handlungsempfehlungen

Der Bund stärkt die Umbaukultur und sorgt für eine gut gestaltete, klimaneutrale und klimaangepasste gebaute Umwelt.

Innenstadtentwicklung hat Vorrang. Neubaumaßnahmen sind unter dem Aspekt des Flächenschutzes auf das notwendige Maß zu reduzieren. Die Potenziale zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Gewerbeflächen sollen im Gebäudebestand durch Nachverdichtung, Aufstockung, Sanierung, Umbau und Nutzungsflexibilität ausgeschöpft werden.

Lageentwicklung

Bestand/
Nutzen?

Wie geht man mit dem EFH. um?

Insbes. kleinere Kommunen
müssen hierbei unterstützt
werden.

Erforderliche Baumaßnahmen müssen energetischen Vorgaben des Bundes gerecht werden. Sie sollten ressourcenschonend sowie kreislauffähig gestaltet werden und digital dokumentiert sein sowie einem hohen baukulturellen Anspruch genügen. Dies gilt auch für modulares und serielles Bauen und Sanieren.

Erforderliche
Baumaßnahmen...
Digital Dokumentieren
→ BIM: Building Information
Modeling

für eine Kultur [...]

Die Katalogisierung und Möglichkeit der Wiederverwendung von gebrauchten Baustoffen und Bauteilen werden gestärkt. Erforderliche und rechtssichere Prüfverfahren sollen dafür ermöglicht werden.

MÜSSEN!

Kernziele definieren und priorisieren

Eine transformationsorientierte Baukultur begegnet dem Klimawandel: Sie ist klimaneutral- und gerecht. Dies beschreibt das oberste Ziel der "Leitlinien für Baukultur des Bundes" für Neu-, Umbau- und Erweiterungsbauten. Das Leitmotiv „Umbaukultur“ zählt auf dieses oberste Ziel ein.

Bestehende Förderlandschaften stärken und erweitern

Seit über 50 Jahren (Gründung 1971) besteht die Städtebauförderung als etabliertes Förderinstrument. Es wird empfohlen, die Städtebauförderung als ein sich stärkender Prozess zu betrachten und das Prinzip anwachsender Kompetenzen für Bund, Länder und Kommunen fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Planung, Genehmigung, Prozesse

Baukultur soll in Ausschreibungs- und Genehmigungsprozessen stärker Berücksichtigung finden (z.B. in VgV-Verfahren). Dafür sind Pilotprojekte und Experimente zu fördern.

Um das Leitmotiv „Umbaukultur“ zu stärken, wird die Einführung eines Abrissgenehmigungsverfahrens empfohlen.

Einführung der Gebäudeklasse E

Das Planen und Bauen bewegen sich in einem stetig enger werdenden Rahmen von Normen und Vorschriften, Zeit- und Kostenbudgets. Gestaltungsqualität und Innovationskraft kennzeichnen Baukultur und sollten weiterhin eine Rolle spielen. Darum wird die Einführung einer "Gebäudeklasse E" (im Sinne von „Einfach Bauen“ oder „Experimentelles Bauen“) empfohlen: Diese kann z.B. für die Umsetzung innovativer Konstruktionen gelten sowie für die Entwicklung bezahlbaren Wohnraumes. Für diese Projekte gelten die Normen und Richtlinien, auf die Art. 85a Musterbauordnung (MBO) verweist, nicht zwingend. Die Schutzziele der Bauordnungen (wie z.B. Standsicherheit, Brandschutz, gesunde Lebensverhältnisse und Umweltschutz) sind davon nicht berührt.

Eindrücke aus den Workshops



2 Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

Selbstermächtigung

Funktion ist praktisch
was Baubeamt
man kann soziale Zusammenhalt
will wofür?

Die Gesellschaft ist
nur so gut, wie das,
was man selbst daraus
macht

Identifikation für
die sie veränderte
Gesellschaft anlegen

Sicherung der
kommunalen Finanzierung
von Vorhaben
Sprechend, aktiv
sein zu können

als auch Bündelung
alle der Förderprogramme
des Ministeriums, da
diese ~~zusammen~~
Schlecht werden
sinnlos (Personal!)

Identifikations-
räume gestalten
ist ein lebendiger
Prozess

ANEIGNUNG VON
ÖFFENTLICHEN RÄUMEN
UNTERSTÜTZEN
(IN KLEINEN:
BERLINER BAUSCHENEN)

Weiterbauen ..
Umgang mit
- dem Bestand
- vorh. Zeitschichten

Zu abstrakt
formuliert
← (erfüllt Ideale...)

Leitlinie 2

Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

entsteht aus

L2

Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

zu abstrakt
formuliert
←
(ermöglicht
lokalen ...)

Selbstermächtigung

Die Gesellschaft ist nur so gut, wie das, was man selbst daraus macht

Funktioniert praktisch nur Bottom up
man kann sozialen Zusammenhalt nicht verordnen

Identifikation für die sich verändernde Gesellschaft wagen

Aneignung von öffentlichen Räumen unterstützen (im Kleinen: Berliner Baumscheiben)

Identifikationsräume gestalten ist ein lebender Prozess

weiterbauen..
Umgang mit
- dem Bestand
- vorh.
Zeitschichten

Sicherung der Kommunalfinanzierung um vorort lokal entsprechend aktiv sein zu können

oder auch Bündelung all der Förderprogramme der Ministerien, da diese vorort nur schlecht zusammen gebracht werden (Personal!)

Gesellschaftliche Perspektive

Die Gesellschaft ist nur so gut, wie das, was man selbst daraus macht

Identifikation für die sich verändernde Gesellschaft wagen

Identifikationsräume gestalten ist ein lebender Prozess

Arbeitsweise

Funktioniert praktisch nur Bottom up
man kann sozialen Zusammenhalt nicht verordnen

Aneignung von öffentlichen Räumen unterstützen (im Kleinen: Berliner Baumscheiben)

Selbstermächtigung

weiterbauen..
Umgang mit
- dem Bestand
- vorh. Zeitschichten

Finanzierung

Sicherung der Kommunalfinanzierung um vorort lokal entsprechend aktiv sein zu können

oder auch Bündelung all der Förderprogramme der Ministerien, da diese vorort nur schlecht zusammen gebracht werden (Personal!)

Leitlinie 2

LEITLINIE 2

Leitlinie 2 - Maßnahmen
bevorzugt
 Der Bund **bevorzugt** den Rad- und Fußverkehr in der Raumordnung und im Planungsrecht und setzt sich für die Verbesserung der Standards für Rad- und Fußverkehrsinfrastrukturen in den Planungs- und Entwurfsregelwerken ein. Er finanziert den Ausbau flächendeckender und attraktiver Rad- und Fußverkehrsnetze mit investiven und nicht investiven Maßnahmen in Stadt und im ländlichen Raum. Dabei fördert er auch die Verbesserung der Schnittstelle Rad und Bahn.

Leitlinien in der Planung und auch im OPNV sind wichtig, um die Schnittstelle Rad und Bahn zu verbessern.

Leitlinie 2 - Maßnahmen
 Der Bund befördert die kooperative Kleinstadtentwicklung und den Wissensaustausch zwischen den Kleinstädten in Deutschland und stärkt hierdurch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und den sozialen Zusammenhalt.

sozialer Zusammenhalt

Leitlinie 2 - Maßnahmen
 Der Bund setzt sich dafür ein, dass Instrumente der Raumordnung regionale, lokale und soziale Besonderheiten bei der Planung berücksichtigen und stärken.

Leitlinie 2 - Maßnahmen
 Der Bund stärkt die lokale Demokratie insbesondere auch in Kleinstädten und setzt sich für den Erhalt oder die Schaffung Dritter Orte als Räume der Begegnung und der Integration ein.

Innovation durch Kooperation der Kommunen für die Schaffung Dritter Orte als Räume der Begegnung und der Integration.

Leitlinie 2 - Maßnahmen
 Der Bund fördert integrierte, intersektorale und fachübergreifende Konzeptansätze (integrierte Stadtentwicklungskonzepte), die die ortsspezifische Weiterentwicklung von Zentren, Ortskernen, Ortsteilen und Quartieren unterstützen sowie die Sanierung und den Betrieb von Bestandsgebäuden und die Pflege von zugeordneten Freiräumen berücksichtigen. ✓!

Leitlinie 2 - Handlungsanforderungen
 Kommunal und regional wirkende Gestaltungsbeiräte können einen wertvollen Beitrag zur Baukultur in den Kommunen leisten, sowohl bei Neubau als auch in der Entwicklung von Bestandsgebäuden und Quartieren und sollten in ihrer Rolle gestärkt werden.

Praxisbeispiel

Wird aktuell in vielen Bundesländern nicht gut umgesetzt.

Praxisbeispiel

Leitlinie 2 - Handlungsanforderungen
 Die Kommunen werden ermutigt, integrierte, intersektorale und fachübergreifende Konzeptansätze für Konversion, Weiterentwicklung, Betrieb und Pflege von Bestandsgebäuden und zugeordneten Freiräumen zu nutzen (z. B. über Konzeptverfahren).

Fachpersonal und Mittel fehlen daher häufig.

Leitlinie 2 - Handlungsanforderungen
 Gewerblich genutzte Gebiete werden, wo immer möglich, mit ergänzenden Funktionen, wie bezahlbarem Wohnen und Gemeinwohleinrichtungen, zu lebendigen Quartieren mit guter infrastruktureller Anbindung unter Vermeidung von Nutzungskonflikten entwickelt.

TA Löhner Räumliche Differenz sollte dabei stärker berücksichtigt werden?

Leitlinie 2 - Handlungsanforderungen
 Das lokale baukulturelle Erbe und bau- und gartenhistorischen Strukturen sind zu pflegen und bei einem Umbau oder baulichen Erweiterungen grundsätzlich zu erhalten, sofern wirtschaftlich tragfähig und baulich sinnvoll, insbesondere nach Maßgabe des Denkmalschutzes.

Praxisbeispiel

Def. von wirtschaftlich tragfähig definieren

Finanzierung! es wird häufig als Zusatz zu der Pflege separat!

Leitlinie 2 - Handlungsanforderungen
 Technische Infrastrukturen werden im Zusammenhang mit zu verknüpfenden Räumen, Flächen und Kulturlandschaften betrachtet und nachhaltig gut gestaltet sowie nutzergerecht weiterentwickelt. Der Planung räumlicher Rad- und Fußverkehrsnetze und ihrer Verknüpfung mit dem ÖPNV kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Wo möglich multimedial umgestaltet

es gibt verschiedene Möglichkeiten auch als ÖPNV-Räume / Sport- / Naherholungs- / ...

Qualität von Infrastrukturen & Flächennutzung

L2 Maßnahmen

Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

Der Bund berücksichtigt den Radverkehr Rad- und Fußverkehr in der Raumordnung und im Planungsrecht und setzt sich für die Verbesserung der Standards für Rad- und Fußverkehrsinfrastrukturen in den Planungs- und Entwurfsregelwerken ein. Er finanziert den Ausbau flächendeckender und attraktiver Rad- und Fußverkehrsnetze mit investiven und nicht investiven Maßnahmen in Stadt und im ländlichen Raum. Dabei fördert er auch die Verbesserung der Schnittstelle Rad und Bahn.

Investitionen in den Schienen- und günstig ÖPN Verkehr müssen jene für den motorisierten Individualverkehr und Logistik um das 1,5-fache übertreffen

bevorteiligt

Der Bund befördert die kooperative Kleinstadtentwicklung und den Wissensaustausch zwischen den Kleinstädten in Deutschland und stärkt hierdurch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und den sozialen Zusammenhalt.

mit verteilten Ressourcen

Der Bund setzt sich dafür ein, dass Instrumente der Raumordnung regionale, lokale und soziale Besonderheiten bei der Planung berücksichtigen und stärken.

Der Bund stärkt die lokale Demokratie insbesondere auch in Kleinstädten und setzt sich für den Erhalt oder die Schaffung Dritter Orte als Räume der Begegnung und der Integration ein.

Finanzierung der Kommunen oder sektorenübergreifend strukturelle Förderung

Der Bund fördert integrierte, intersektorale und fachübergreifende Konzeptansätze (integrierte Stadtentwicklungskonzepte), die die ortsspezifische Weiterentwicklung von Zentren, Dorfkernen, Ortsteilen und Quartieren unterstützen sowie die Sanierung und den Betrieb von Bestandsgebäuden und die Pflege von zugeordneten Freiräumen berücksichtigen.

L2 Handlungsempfehlungen

Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

Kommunal und regional wirkende Gestaltungsbeiräte können einen wertvollen Beitrag zur Baukultur in den Kommunen leisten, sowohl bei Neubau als auch in der Entwicklung von Bestandsgebäuden und Quartieren und sollten in ihrer Rolle gestärkt werden.

wird aktuell in den Bundesländern nicht gut angenommen

Erst Bestand, dann Neues

Repräsentation für Bürgerinnen

Die Kommunen werden ermutigt, integrierte, intersektorale und fachübergreifende Konzeptansätze für Konversion, Weiterentwicklung, Betrieb und Pflege von Bestandsgebäuden und zugeordneten Freiräumen zu nutzen (z. B. über Konzeptverfahren).

Fachpersonal und Mittel fehlen dafür häufig.

Gewerblich genutzte Gebiete werden, wo immer möglich, mit ergänzenden Funktionen, wie bezahlbarem Wohnen und Gemeinwohleinrichtungen, zu lebendigen Quartieren mit guter infrastruktureller Anbindung unter Vermeidung von Nutzungskonflikten entwickelt.

TA Lärm Reform
Sollen dafür B-Pläne geändert werden?

L2 Handlungsempfehlungen

Baukultur stärkt lokale Besonderheiten und schafft Identifikationsräume für den sozialen Zusammenhalt.

Das lokale baukulturelle Erbe und bau- und garten-historischen Strukturen sind zu pflegen und bei einem Umbau oder baulichen Erweiterungen grundsätzlich zu erhalten, sofern wirtschaftlich tragfähig und baulich sinnvoll, insbesondere nach Maßgabe des Denkmalschutzes.

Def. von wirtschaftlich tragfähig definieren.

Finanzierung!
es wird häufig zuerst an der Grünpflege gespart

Biodiversität implementieren und mitdenken

Technische Infrastrukturen werden im Zusammenhang mit zu verknüpfenden Räumen, Flächen und Kulturlandschaften betrachtet und nachhaltig gut gestaltet sowie nutzergerecht weiterentwickelt. Der Planung nahräumlicher Rad- und Fußverkehrsnetze und ihrer Verknüpfung mit dem ÖPNV kommt dabei eine große Bedeutung zu.

wo möglich multicodiert umgestalten

zB Regenwasserrückhaltebecken auch als öff. Räume/ Sport-/ Naherholungsräume

[...] Qualität von Wasserwegen verbessern & Flussbadeanstalten einrichten

Kommunen stärken

Baukultur findet vor Ort statt: Deswegen sind die Kommunen zu stärken, um ihre lokale Verantwortung und Entscheidungskraft für die Konzeption, Planung, Genehmigung, Realisierung, Betrieb und Pflege wahrnehmen und umsetzen zu können. Hier muss es zum einen um Förderung durch unterstützende Finanzierung gehen, zum anderen um die Ermutigung und Befähigung zur „Selbstermächtigung“: Die Kommunen vor Ort haben das Thema Baukultur in der Hand und können diese auch aktiv gestalten, z. B. über eigene Ideen und Konzeptverfahren, die im Bottom-Up-Prinzip mit lokalen Nachbarschaften/Gesellschaften entwickelt werden können.

Angebote zur Aneignung schaffen

Für die Entwicklung von Identifikationsräumen wird als wichtige Voraussetzung herausgearbeitet, dass öffentliche Räume und Freiräume noch gestaltbare Angebote zur Aneignung bieten („Recht auf Frei_Raum“). Dies ist vor allem für sich noch verändernde Gesellschaften bedeutsam (z.B. durch demographischen Wandel, Migration und Zuzug).

Eindrücke aus den Workshops



3 Baukultur erfordert Kompetenzen, die eine innovative Prozess- und Raumgestaltung befördern.

Leitlinie 3

Baukultur erfordert Kompetenzen, die eine innovative Prozess- und Raumgestaltung befördern.

NOTIZEN:
Jugendliche Auszubildende
Indie-Jugend
für Stadt/Region -
Planung in allen Bundesländern

Referenzidee
→ explizit auch für die Möglichkeiten des Bauwesens
→ "Baukultur" = "Baukultur"

Förderung auch mit Hilfe von SRELV

ARCHITEKTUR
MACHT
SCHULE

Fördermittel Baukultur
Bildung an Schulen

stärkerer Fokus auf Kommunikation... als Teil der Auszubildenden

Baukultur bedeutet auch ein angepasstes Honorar für die Planer

Netzwerk Bildung fördern

Der Bund fördert Themenwohneinzelne Akteurskooperationen!

Prozessgestaltung ≠ VgV (inkl. RPL)
→ dialogische Planungsprozesse einhalten
→ Baukultur = offene Verfahren

INKLUSION
Wie können alle Baukultur mitgestalten?
→ Initiativen der Mitgestaltung von Baukultur

Antizipation der Kommunikation von Baukultur
(widerschwellig für alle verständlich)
inklusive

Wetgebäude
Gründungs-
die Breite

3) Baurecht + Privatrecht

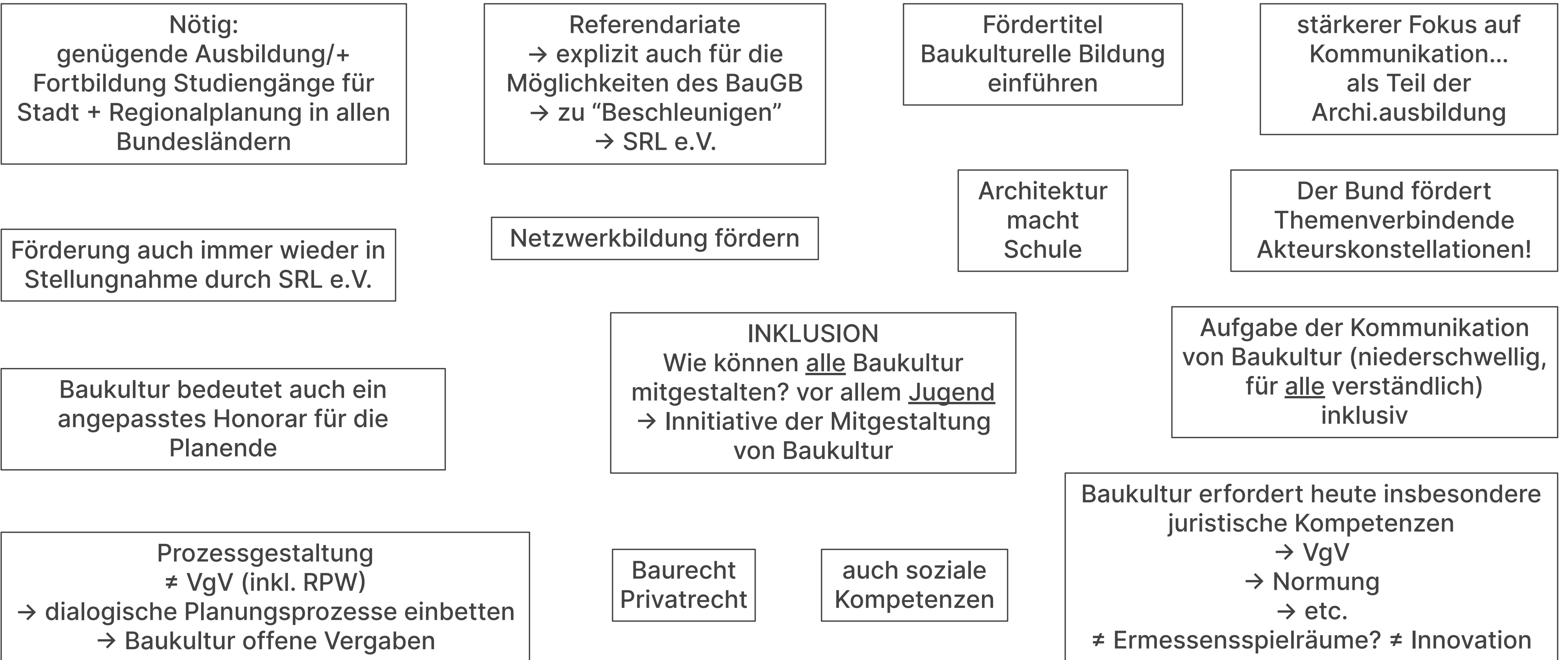
Baukultur erfordert Late insbesondere juristische Kompetenzen
→ VgV ≠ Ermessensspielräume?
→ Normung ≠ Innovationen?
→ etc.

andere Innovationen - und Fehler - Kultur

auch soziale Kompetenzen

L3

Baukultur erfordert Kompetenzen, die eine innovative Prozess- und Raumgestaltung befördern.



L3

Baukultur erfordert Kompetenzen, die eine innovative Prozess- und Raumgestaltung befördern.

Ausbildung und Beruf

Referendariate
→ explizit auch für die Möglichkeiten des BauGB
→ zu "Beschleunigen"
→ SRL e.V.

Nötig:
genügende Ausbildung/+ Fortbildung
Studiengänge für Stadt + Regionalplanung in allen Bundesländern

Baukultur bedeutet auch ein angepasstes Honorar für die Planende

Architektur macht Schule

stärkerer Fokus auf Kommunikation... als Teil der Archi.ausbildung

auch soziale Kompetenzen

Fördermaßnahmen

Der Bund fördert Themenverbindende Akteurskonstellationen!

Förderung auch immer wieder in Stellungnahme durch SRL e.V.

Netzwerkbildung fördern

Fördertitel Baukulturelle Bildung einführen

Inklusion

INKLUSION
Wie können alle Baukultur mitgestalten? vor allem Jugend
→ Initiative der Mitgestaltung von Baukultur

Aufgabe der Kommunikation von Baukultur (niederschwellig, für alle verständlich) inklusiv

Rahmenbedingungen

Baukultur erfordert heute insbesondere juristische Kompetenzen
→ VgV
→ Normung
→ etc.
≠ Ermessensspielräume?
≠ Innovation

Prozessgestaltung ≠ VgV (inkl. RPW)
→ dialogische Planungsprozesse einbetten
→ Baukultur offene Vergaben

Baurecht
Privatrecht

Leitlinie 3

LEITLINIE 3

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Der Bund fördert den europäischen und bundesweiten baukulturellen Erfahrungsaustausch und Dialog, die Vernetzung und den Wissenstransfer, um kooperative und kollaborative Planungs- und Umbauprozesse zu sichern. Vorbildhafte Prozesse, Lösungswege und gelungene Beispiele werden als Next Practice öffentlich bekannt gemacht.

Leitlinie 3 - Handlungsempfehlungen
Den Ländern wird weiterhin empfohlen, Mobilitätsbildung bereits im Kindesalter zur Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel, durch Verankerung der Mobilitätsbildung in den Bildungsplänen der Kindertagesstätten und Schulen zu stärken.

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Der Bund setzt sich in Zusammenarbeit mit Ländern und Kommunen für Weiterbildungsangebote für baukulturelle Fragestellungen ein.

Leitlinie 3 - Handlungsempfehlungen
Den Ländern wird empfohlen, sich auf der Grundlage ihrer Kulturhoheit für eine Stärkung der Baukulturellen Bildung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie in der pädagogischen und planerischen Aus- und Fortbildung einzusetzen, bspw. durch verpflichtende Lehrinhalte zur räumlichen Wahrnehmung.

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Der Bund fördert die interkommunale, intersektorale und interdisziplinäre Zusammenarbeit für höhere Gestaltqualität, Innovation und Beteiligungskultur.

Leitlinie 3 - Handlungsempfehlungen
Den Ländern wird empfohlen, sich auf der Grundlage ihrer Kulturhoheit für eine Stärkung der Baukulturellen Bildung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie in der pädagogischen und planerischen Aus- und Fortbildung einzusetzen, bspw. durch verpflichtende Lehrinhalte zur räumlichen Wahrnehmung.

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Der Bund setzt sich in Zusammenarbeit mit den Ländern für eine Stärkung der Baukulturellen Bildung im Schul- und Ausbildungssystem, im Hochschulsystem sowie in der Fortbildung ein und unterstützt die Entwicklung einer eigenständigen baukulturellen Pädagogik, Didaktik und Forschung.

Leitlinie 3 - Handlungsempfehlungen
Den Ländern wird empfohlen, sich auf der Grundlage ihrer Kulturhoheit für eine Stärkung der Baukulturellen Bildung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie in der pädagogischen und planerischen Aus- und Fortbildung einzusetzen, bspw. durch verpflichtende Lehrinhalte zur räumlichen Wahrnehmung.

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Der Bund unterstützt, dass Ausbildung und Lehre für die planenden Berufe und das Handwerk auf den Umbau und den Umgang mit regionalen Baukulturen ausgerichtet werden.

Leitlinie 3 - Handlungsempfehlungen
Den Ländern wird empfohlen, sich auf der Grundlage ihrer Kulturhoheit für eine Stärkung der Baukulturellen Bildung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie in der pädagogischen und planerischen Aus- und Fortbildung einzusetzen, bspw. durch verpflichtende Lehrinhalte zur räumlichen Wahrnehmung.

Leitlinie 3 - Maßnahmen
Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressorts mit Bezügen zum Planen und Bauen und der ressortübergreifende Dialog zu nachhaltiger Stadtentwicklung werden gestärkt.

Handwritten Notes:

- Zu einseitig nicht nur Flächigkeit!
- Vollverankerung ist Schlüssel! Anknüpfen von Raum / Tätigkeiten / Verhalten
- Systemische Vernetzung / Kooperations / Maßnahmen / Zusammenhänge!
- Wesentliche / Ausprägung / des / räumlichen / Bewusstseins!
- Baukultur erforscher machen
- unter Schulbau, Umbau mit von f. Baukulturvolle Bildung!
- Förderung nach Kooperation der Kunstenden (Bildung, Raum, Jugend, Wissenschaft)
- Mitgestaltung
- Förderung von Kooperationen mit außerschulischen Partnern (Jugendhilfe etc.)
- Jugendgestaltungsbeiräte?

Visual Elements:

- Grid of colored dots (green, blue, yellow) arranged in a pattern.

L3 Handlungsempfehlungen

Baukultur erfordert Kompetenzen, die eine innovative Prozess- und Raumgestaltung befördern.

Den Ländern wird empfohlen, sich auf der Grundlage ihrer Kulturhoheit für eine Stärkung der Baukulturelle Bildung in Kindergärten, Schulen, Universitäten und Hochschulen sowie in der pädagogischen und planerischen Aus- und Fortbildung einsetzen, bspw. durch verpflichtende Lehrinhalte zur räumlichen Wahrnehmung

Baukultur erfahrbarer machen

Systemisches Verständnis vermitteln
Wie hängt alles zusammen? ↓

Schulbau, -umbau nutzen f. Baukulturelle Bildung!

Welche Auswirkung hat unser Handeln!

Forderung nach Kooperation der Ministerien (Bildung, Bau, Jugend, Wissenschaft)

und deren Auswirkung auf Umwelt und Natur

Förderung von Kooperationen mit außer- schulischen Partnern (Jugendhilfe etc.)

& Mitgestalten +1

Jugendgestaltungsbeiräte?

Den Ländern wird weiterhin empfohlen, Mobilitätsbildung bereits im Kindesalter zur Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel, durch Verankerung der Mobilitätsbildung in den Bildungsplänen der Kindertagesstätten und Schulen zu stärken.

Vorraussetzung ist sichtbarer Ausbau von Rad- /Fußgängerverkehr

zu einseitig nicht nur Mobilität!

Inklusion berücksichtigen

Das Thema Inklusion sollte als gesellschaftlicher Wert noch stärker in den „Baukulturellen Leitlinien des Bundes“ berücksichtigt werden, sowohl beim Thema der baukulturellen Bildung (Kompetenzen) als auch bei der Gestaltung öffentlicher Räume und Flächen (Räume).

Netzwerke stärken

Die intersektorale, interdisziplinäre und intergenerationale Netzwerkbildung für Baukultur ist weiter zu stärken. Insbesondere sollten Kinder und Jugendliche mehr in den Dialog und den Wissenstransfer für Baukultur stärker integriert und angesprochen werden.

Fördertitel „Baukulturelle Bildung“

Es wird empfohlen, den Fördertitel „Baukulturelle Bildung“ einzuführen.

Eindrücke aus den Workshops



4 Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Leitlinie 4

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Leitlinie 4 - Maßnahmen
Der Bund fördert innovative Nutzungskonzepte, die alle räumlich tätigen Disziplinen zu Beginn des Prozesses in die Planung einbinden, für die funktionsgemischte und kompakte mehrfache Innenentwicklung von Städten und Gemeinden mit dem Ziel, kurze Wege zu ermöglichen und weitere Bodenversiegelung sowie den Flächenverbrauch zu vermeiden.

Leitlinie 4 - Maßnahmen
Der Bund unterstützt die Vergabe von Grundstücken in Konzeptverfahren für gemeinwohlorientierte Nutzungsmischungen, höhere Gestaltungsqualität, Innovation und Beteiligungskultur.

Leitlinie 4 - Maßnahmen
Der Bund investiert in den Ausbau der Radwege entlang von Bundesstraßen.

Leitlinie 4 - Maßnahmen
Der Bund fördert die Innenentwicklung im Sinne einer angemessen bevorratenden Bodenpolitik, wie die Entwicklung von Bodenfonds für starke Gemeindezentren (z. B. durch Lückenschluss, Nach- und Zwischennutzung, Aufstockung, Weiterentwicklung).

Bund sollte keine Agrarflächen mehr versteigern
Verkauf ohne Verpflichtung
zur Regenerierung
Landwirtebeteiligung

passende
Flugschiebe?
≠ multifunktional?

Vorpflichtend!!!
Einsparrecht?
Vorkaufrecht!!!
BauGB!!!

Was ist mit der
Schiene?

stufen Kappung
Bodenrichtwerte
?

Steuerliche Erleichterungen
für Abschreibung
bei Umbau
(nicht Debatte)

BAU-TURBO
DARF NICHT KOMMEN!
"BODENSPEKULATIONSTURBO"
- BAUGEBOT / LEERSTAND
BODENPOLITIK BEI
ZERSIEDLUNG
ZUERST
+ BAUÜBERHAND
ABBAUEN

• Bahn pflichten
• Infrastruktur, aber
Schön!

Abstimmung verbessern
mit erweiterten
Bundesbehörden
bspw. BATIN

ÖFFENTLICHER BODEN
QUOTEN FÜR öffentliche
Nutzung (inkl. Kunst am Bau)

L4 Maßnahmen

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Der Bund fördert innovative Nutzungskonzepte, die alle räumlich tätigen Disziplinen zu Beginn des Prozesses in die Planung einbinden, für die funktionsgemischte und kompakte mehrfache Innenentwicklung von Städten und Gemeinden mit dem Ziel, kurze Wege zu ermöglichen und weitere Bodenversiegelung sowie den Flächenverbrauch zu vermeiden.

Der Bund fördert die Innenentwicklung im Sinne einer angemessen bevorratenden Bodenpolitik, wie die Entwicklung von Bodenfonds für starke Gemeindezentren (z. B. durch Lückenschluss, Nach- und Zwischennutzung, Aufstockung, Weiterentwicklung).

Der Bund unterstützt die Vergabe von Grundstücken in Konzeptverfahren für gemeinwohlorientierte Nutzungsmischungen, höhere Gestaltqualität, Innovation und Beteiligungskultur.

Konkreter werden bei Bahn und anderen bundeseigenen Unternehmen!

Mehr Verpflichtung!
Erbpacht und Vorkaufsrecht in Baugesetzbuch stärken

→ Bahn zu Infrastruktur mit baukulturellem Mehrwert verpflichten

Auch an das Land denken!
Bund sollte Agrarflächen nur noch mit Verpflichtung zur regenerativen Landwirtschaft / Biodiversität verkaufen/-geben

→ Bahn ist Blackbox und blockiert viele Entwicklungen, teilw. sehr schwer überhaupt einen Ansprechpartner für Liegenschaftsfragen zu finden

→ Bundeswasserstraßen wie Bahntrassen ebenfalls kaum offen bzw. nicht Gesprächsbereit für neue Entwicklungen

L4 Maßnahmen

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Der Bund investiert in den Ausbau der Radwege entlang von Bundesstraßen.

Ist das die passende Flughöhe? Sollte die Entwicklung dieser Fläche nicht mehr können?
#multitalentiert

Weitere Anregungen

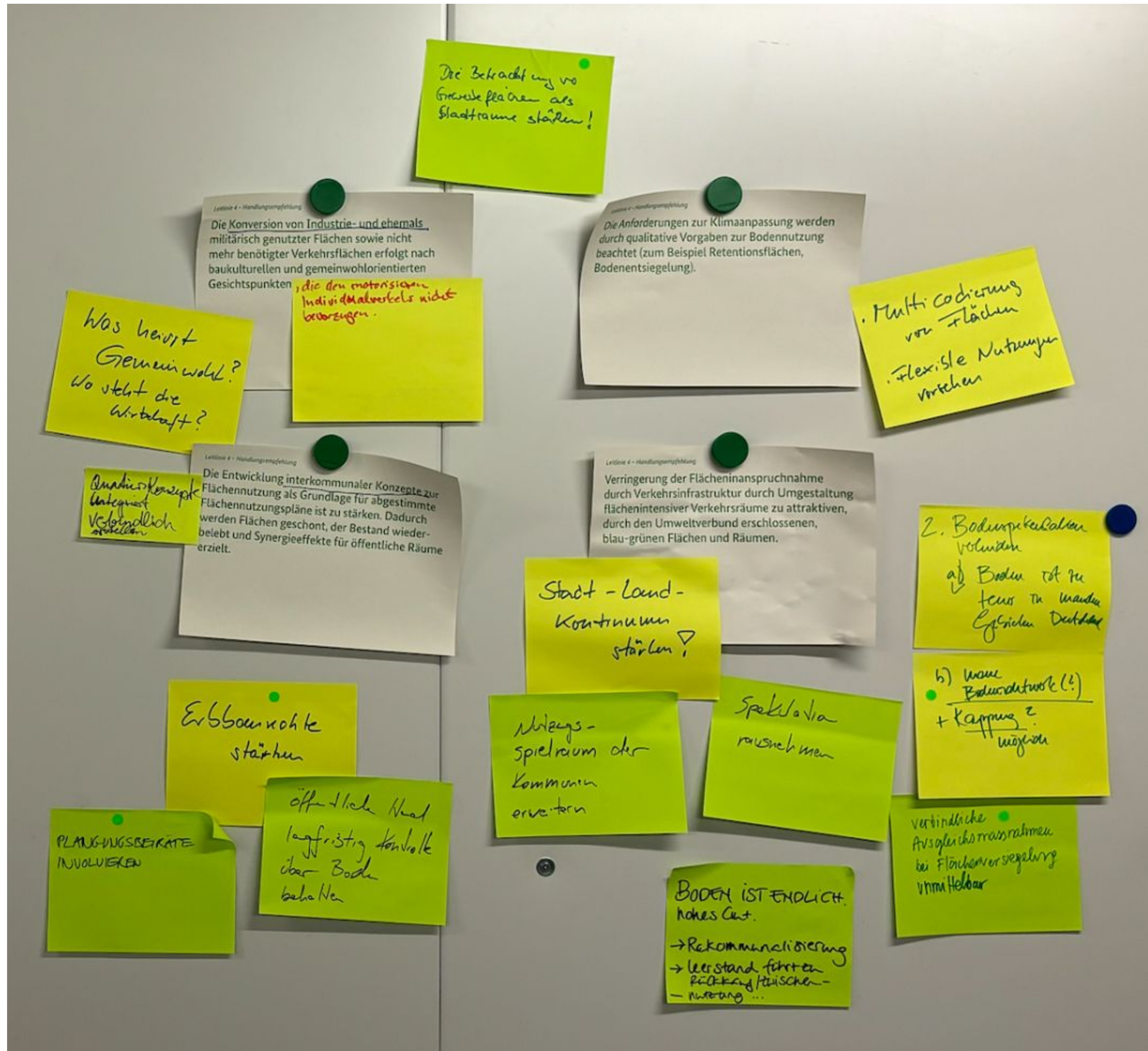
Um mehr Umbau zu fördern, wären **steuerliche Erleichterungen / Abschreibungen** ein echter Hebel (auch bei Umbauarbeiten von nicht-Denkmalern)

Wunsch einer Prüfung durch Bund (als Maßnahme): Wie kann es möglich gemacht werden, dass Bodenrichtwerte gekappt werden?

Bau-Turbo darf nicht kommen! Da er zum Bodenspekulationsturbo wird. → Zuerst Leerstand und Bauüberhand abbauen
→ Baugebot aufnehmen gegen Zersiedelung

Leitlinie 4

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.



L4 Handlungsempfehlungen

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Die Konversion von Industrie- und ehemals militärisch genutzter Flächen sowie nicht mehr benötigter Verkehrsflächen erfolgt nach baukulturellen und gemeinwohlorientierten Gesichtspunkten.

, die den motorisierten Individualverkehr nicht bevorzugen.

Formulierung:
Was genau heißt Gemeinwohl?
Ist damit auch die Wirtschaft gemeint?

Die Entwicklung interkommunaler Konzepte zur Flächennutzung als Grundlage für abgestimmte Flächennutzungspläne ist zu stärken. Dadurch werden Flächen geschont, der Bestand wiederbelebt und Synergieeffekte für öffentliche Räume erzielt.

Quartierskonzepte integriert und verbindlich erstellen!

Planungsbeiräte involvieren!

Erbbaurechte stärken, damit öffentliche Hand langfristig Kontrolle über Boden behält.

Die Anforderungen zur Klimaanpassung werden durch qualitative Vorgaben zur Bodennutzung beachtet (zum Beispiel Retentionsflächen, Bodenentsiegelung).

Anregung:
Mehr Multikodierung von Flächen und flexible Nutzungen zulassen

L4 Handlungsempfehlungen

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Verringerung der Flächeninanspruchnahme durch Verkehrsinfrastruktur durch Umgestaltung flächenintensiver Verkehrsräume zu attraktiven, durch den Umweltverbund erschlossenen, blau-grünen Flächen und Räumen.

Nutzungsspielraum der Kommunen erweitern

Stadt-Land-Kontinuum stärken!

Die Betrachtung von Gewerbeflächen als Stadträume stärken (u.a. mehr "Urbane Gebiete"!

Es braucht wirklich verbindliche und unmittelbare Ausgleichsmaßnahmen bei Flächenversiegelungen!

Weitere Anregungen

Boden ist endlich und dadurch ein hohes Gut!
Es bracht mehr Rekommunalisierung.

Effiziente Maßnahmen:

→ Spekulation mit Boden aus Markt herausnehmen durch Kappung der Bodenrichtwerte

→ Leerstand bzw. Nicht-Nutzen von Gebäuden sollte autom. zu Rückkauf durch Land / Bund führen

→ dies würde auch zu mehr Zwischennutzungen führen

Eine verantwortungsbewusste Bodenpolitik minimiert den Flächenbedarf der Siedlungsräume und stellt die Grundlage für gemeinwohlorientierte Raumentwicklungsprozesse dar.

Mit gutem Beispiel voran gehen!

Die Maßnahmen sollten verpflichtender formuliert werden und konkrete Adressaten im Bund benennen. Nur dann wirken sie auch inspirierend auf weitere öffentliche und private baukulturelle Akteure.

Reform der Bodenpolitik

Der Umgang mit Boden wird als der zentrale Hebel für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Baukultur identifiziert. Sie sollte daher grundlegend reformiert werden.

Mehr Spielraum für Kommunen

Es wird empfohlen, den Kommunen mehr Freiräume zu bieten bei der Ausgestaltung ihrer Baukultur samt Verkehrspolitik.

Eindrücke aus den Workshops



5 Die Qualifizierung und Vernetzung von Grün- und Wasserflächen schaffen resiliente Lebensbedingungen für Mensch und Natur.

Leitlinie 5 - Maßnahmen
Der Bund entwickelt bestehende Strategien zur Entwicklung der grün-blauen Infrastrukturen im Hinblick auf die Berücksichtigung baukultureller Aspekte weiter. Dazu zählen der Schutz und der Erhalt des Kulturerbes und des Naturerbes vor den Folgen des erwartbaren Klimawandels.

Leitlinie 5 - Maßnahmen
Der Bund unterstützt bei der Behebung des Sanierungs- und Pflegestaus bei öffentlichen Grün- und Wasserflächen.

Leitlinie 5 - Maßnahmen
Grüne und blaue Infrastrukturen werden gesichert und qualifiziert, damit sie auch künftig ihre vielfältigen Leistungen für Klimaanpassung, Erholung und Stadtbild erbringen können.

Leitlinie 5 - Maßnahmen
Der Bund kommuniziert Best und Next Practices für die Stärkung, Qualifizierung und Vernetzung öffentlicher Freiräume und Grünsysteme mit naturnahen Grün- und Wasserflächen auf allen Ebenen von Quartier und Nachbarschaft bis zur Stadtregion.

*Re-naturierung
Verlorenes wiederherstellen!*

Verkehrsflächen umwandeln bei Quartierplanungen

*Einbindung
EU-Sonderziele
→ Klimaschutzbewältigung
grün-blau Infra*

*funktionale
Nebenebene
ökol. Resilienz
und in*

*Soziale
gerechtigkeit
beachten*

*→ wie wird die
Priorisierung
garantiert?*

*- Vernetzung
Wasserkreislauf
am Gebäude*

*→ Biodiversität/
Artensterben
berücksichtigen
auch am Gebäude*

*→ Planetare Grenzen
(nicht nur CO₂-neutral!)
z.B. Biochemische Kreisläufe*

Leitlinie 5

Die Qualifizierung und Vernetzung von Grün- und Wasserflächen schaffen resiliente Lebensbedingungen für Mensch und Natur.

L5 Maßnahmen

Die Qualifizierung und Vernetzung von Grün- und Wasserflächen schaffen resiliente Lebensbedingungen für Mensch und Natur.

Der Bund entwickelt bestehende Strategien zur Entwicklung der grün-blauen Infrastrukturen im Hinblick auf die Berücksichtigung baukultureller Aspekte weiter. Dazu zählen der Schutz und der Erhalt des Kulturerbes und des Naturerbes vor den Folgen des erwartbaren Klimawandels.

Der Bund kommuniziert Best und Next Practices für die Stärkung, Qualifizierung und Vernetzung öffentlicher Freiräume und Grünsysteme mit naturnahen Grün- und Wasserflächen auf allen Ebenen von Quartier und Nachbarschaft bis zur Stadtregion.

Der Bund unterstützt bei der Behebung des Sanierungs- und Pflegestaus bei öffentlichen Grün- und Wasserflächen.

Grüne und blaue Infrastrukturen werden gesichert und qualifiziert, damit sie auch künftig ihre vielfältigen Leistungen für Klimaanpassung, Erholung und Stadtbild erbringen können.

Die UN-Sendai-Ziele (Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge) sollten eingebunden werden

Es braucht auch Renaturierung! Wir müssen verlorenes wiederherstellen!

Weitere Anregungen

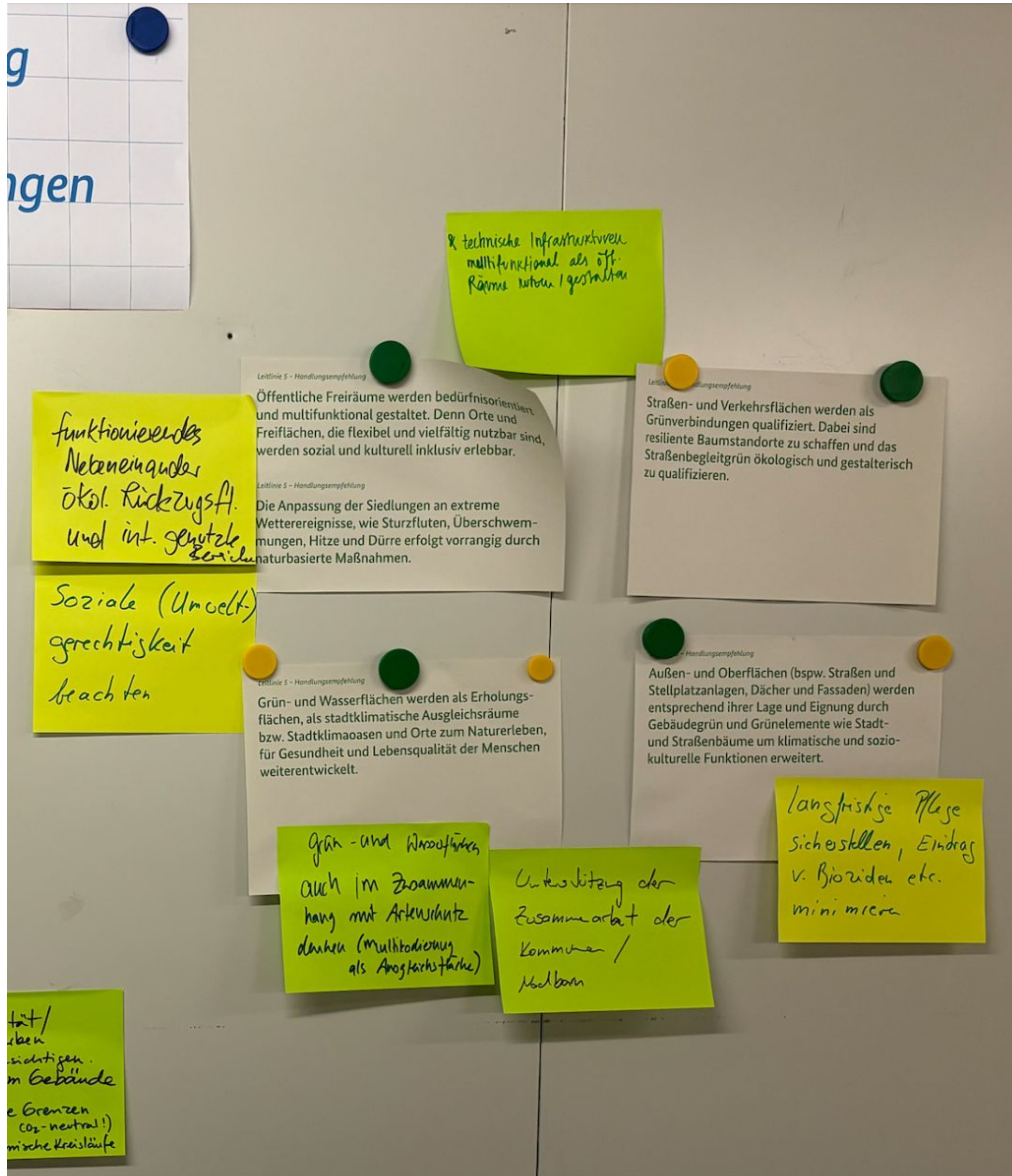
Alle Planetaren Grenzen berücksichtigen (nicht nur CO₂-Neutralität, es braucht bspw. auch Biochemische Kreisläufe)

Bei (großen) Planungen sollten Verkehrsflächen n.M. in Grüne- und Blaue Infrastruktur umgewandelt werden

An Gebäuden sollten (Regen)Wasserkreisläufe gefördert werden

An Gebäuden sollte Maßnahmen für mehr Biodiversität gefördert werden!

Frage: Wie wird die notwendige Priorisierung von Grün- und Wasserflächen gesetzlich verankert? Aktuell haben sie in der Planung oft das Nachsehen, weil andere "Nutzungen" wichtiger erscheinen.



Leitlinie 5

Die Qualifizierung und Vernetzung von Grün- und Wasserflächen schaffen resiliente Lebensbedingungen für Mensch und Natur.

L5 Handlungsempfehlungen

Die Qualifizierung und Vernetzung von Grün- und Wasserflächen schaffen resiliente Lebensbedingungen für Mensch und Natur.

Öffentliche Freiräume werden bedürfnisorientiert und multifunktional gestaltet. Denn Orte und Freiflächen, die flexibel und vielfältig nutzbar sind, werden sozial und kulturell inklusiv erlebbar.

Nicht alle Flächen so "intensiv" nutzen! Es bedarf eines funktionierenden Nebeneinanders:
Ökologische Rückzugsflächen und intensiv genutzte Bereiche.

Nicht alle Nutzungen dürfen "Vorprogrammiert" sein. Es braucht auch "Aneignungsflächen" (für Mensch und Natur)

Die Anpassung der Siedlungen an extreme Wetterereignisse, wie Sturzfluten, Überschwemmungen, Hitze und Dürre erfolgt vorrangig durch naturbasierte Maßnahmen.

Soziale (Umwelt)gerechtigkeit beachten

Grün- und Wasserflächen werden als Erholungsflächen, als stadtklimatische Ausgleichsräume bzw. Stadtklimaoasen und Orte zum Naturerleben, für Gesundheit und Lebensqualität der Menschen weiterentwickelt.

Grün- und Wasserflächen auch im Zusammenhang mit Artenschutz denken (Multicodierung)

Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen bzw. Nachbarkommunen- und Ländern.

Straßen- und Verkehrsflächen werden als Grünverbindungen qualifiziert. Dabei sind resiliente Baumstandorte zu schaffen und das Straßenbegleitgrün ökologisch und gestalterisch zu qualifizieren.

Außen- und Oberflächen (bspw. Straßen und Stellplatzanlagen, Dächer und Fassaden) werden entsprechend ihrer Lage und Eignung durch Gebäudegrün und Grünelemente wie Stadt- und Straßenbäume um klimatische und soziokulturelle Funktionen erweitert.

Langfristige Pflege sicherstellen und Eindrang von Bioziden etc. minimieren

Katastrophenschutz mitdenken

Leitlinien sollte stärker Sicherheitsthemen berücksichtigen: Seien es die Gestaltung von Pollern als Schutz vor Anschlägen oder die Integration von Hochwasser- und anderen Naturkatastrophen bzw. Klimaereignissen.

Neue Rückzugsräume für die Natur und ihre Artenvielfalt schaffen

Die Konzentration der LL auf die CO₂-Reduktion genügt nicht. Jede künftige Raumentwicklung sollte einen Beitrag zur Biodiversität leisten und der Bund sollte aktiv mehr Rückzugsräume für Arten schaffen.

Überregionale Zusammenarbeit fördern

Der Bund könnte sich für die überregionale Zusammenarbeit bei der Entwicklung von grüner und blauer Infrastruktur engagieren und zwischen kommunalen Grenzen vermitteln.

Eindrücke aus den Workshops



6 Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben

Bedingungen

↑ 2 inklusive Chancen-gerechte

Schrittweise Entwickelbarkeit!

Der Bund strebt für seine Investitionen in soziale Infrastrukturen und öffentliche Freiräume in Förderprogrammen eine deutliche Berücksichtigung baukultureller Qualität an, insbesondere in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen.

Fuß- und Radwege sind sicher, barrierefrei und qualitativ zu gestalten und zu vernetzen. Öffentliche Räume werden so gestaltet, dass sie die Gleichberechtigung und das achtsame Nebeneinander unterschiedlicher Mobilitätsformen fördern.

Bei allen Neu- und Umbauten des Bundes werden zugängliche und qualitativ hochwertige Fahrradabstellmöglichkeiten integriert.

Der Bund unterstützt die Entwicklung guter öffentlicher Mobilitätsangebote sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum. Er beteiligt sich an der Finanzierung des ÖPNV, damit ein gutes Nahverkehrsangebot inkl. neuer Mobilitätskonzepte sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum vorhanden ist.

Konzepte Klimaresilienz realistisch in IS/E...
 Tabäulich integrierte Konzepte...
 Diskussion zu Flächen tatsächlich führen

Förderung + Förderung von (Betriebsprozesse vor allem) Kultur + ...
 Phase Null etc.
 * Betreibungsprozess* als Förderkriterium setzen
 * KRAUSEN (NPS) VON KUNST + JUGENDLICHEN BY
 * Unterschiedliche Akteure; auch Migranten, Jugendliche etc.

Ko-Produktion mit d. lokalen Zivilgesellschaft Kunst & Kulturschaffend
 in Trägern...
 Raum / qualit Zusammenbau / schaffen - Teilhaft (be vorhandiger Beschäftigung

Schönheit? ...
 Identitäten stärken!
 - Sicherheit in öffentlichen Räumen
 - Klimaresilienz
 - Verpölerung

BEGRIFFSKLÄRUNG (IM PRÄSENT?)
 BAUKULTUR IST MEHR ALS HOCHSCHÖN!
 BAUKULTUR HAT EINE VERANTWORTUNG IM KLIMA- UND SOZIAL-SPAZIEN-FRAGEN

Förderung von Gestaltungssatzungen für kleine Kommunen und kleine Städte

6. FUSS- + RADWEGE
 Sichere, barrierefrei...?
 DAS IST SECHSSTRECKEN-SCHNITTSTRECKEN + MUSS NICHT IN DIE BK-LL.

Unterstützung von von prof. ...
 Qualitätsanforderungen für den öffentlichen Raum!

5. Öffentliches Raum
 → Best practice
 → Pflegepaten für Grünflächen + Platz

1. Zertifizierung
 Anreize schaffen für Private: Steuerliche

Leitlinie 6

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.

L6 Maßnahmen

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.

... gesunden und gerechten Lebensbedingungen

Welche Gerechtigkeit ist damit gemeint?
Chancengerecht?

Der Bund strebt für seine Investitionen in soziale Infrastrukturen und öffentliche Freiräume in Förderprogrammen eine deutliche Berücksichtigung baukultureller Qualität an, insbesondere in benachteiligten Stadt- und Ortskernen oder -teilen.

Ergänzungsvorschlag:
“..Qualität und Erbe..”

Der Bund unterstützt die Entwicklung guter öffentlicher Mobilitätsangebote sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum. Er beteiligt sich an der Finanzierung des ÖPNV, damit ein gutes Nahverkehrsangebot inkl. neuer Mobilitätskonzepte sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum vorhanden ist.

Formulierung:
“urban und ländlich”
doppelt!

Fuß- und Radwege sind sicher, barrierefrei und qualitativ voll zu gestalten und zu vernetzen. Öffentliche Räume werden so gestaltet, dass sie die Gleichberechtigung und das achtsame Nebeneinander unterschiedlicher Mobilitätsformen fördern.

Überflüssige Formulierung:
Dass Fuß- und Radwege
sicher und barrierefrei
gestaltet sind ist
selbstverständlich.

Bei allen Neu- und Umbauten des Bundes werden zugängliche und qualitativ hochwertige Fahrradabstellmöglichkeiten integriert.

L6 Maßnahmen

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.

Beteiligung

Förderung und Forderung von Beteiligungsprozessen (vor allem für Kindern, Jugendliche, Migranten und anderen oft unterrepräsentieren Aktueren)

Beteiligungsprozess sollte als Förderkriterium dienen (Bspw. NPS)

Unterstützung von Non-Profit Qualifizierungen für den öffentlichen raum!

Identität

Lokale Gestaltungssatzungen (für kleine Kommunen und Städte) sollten gefördert werden

Schönheit

Kontroverse Diskussion, ob das Ziel der "Schönheit" in die Leitlinien einfließen sollte?

Neue Schönheit: Nur was nachhaltig ist, ist auch schön.

Baukultur muss mehr als "schön" sein, da sie Verantwortung für Klima und soziale Fragen hat

Integrierte Konzepte

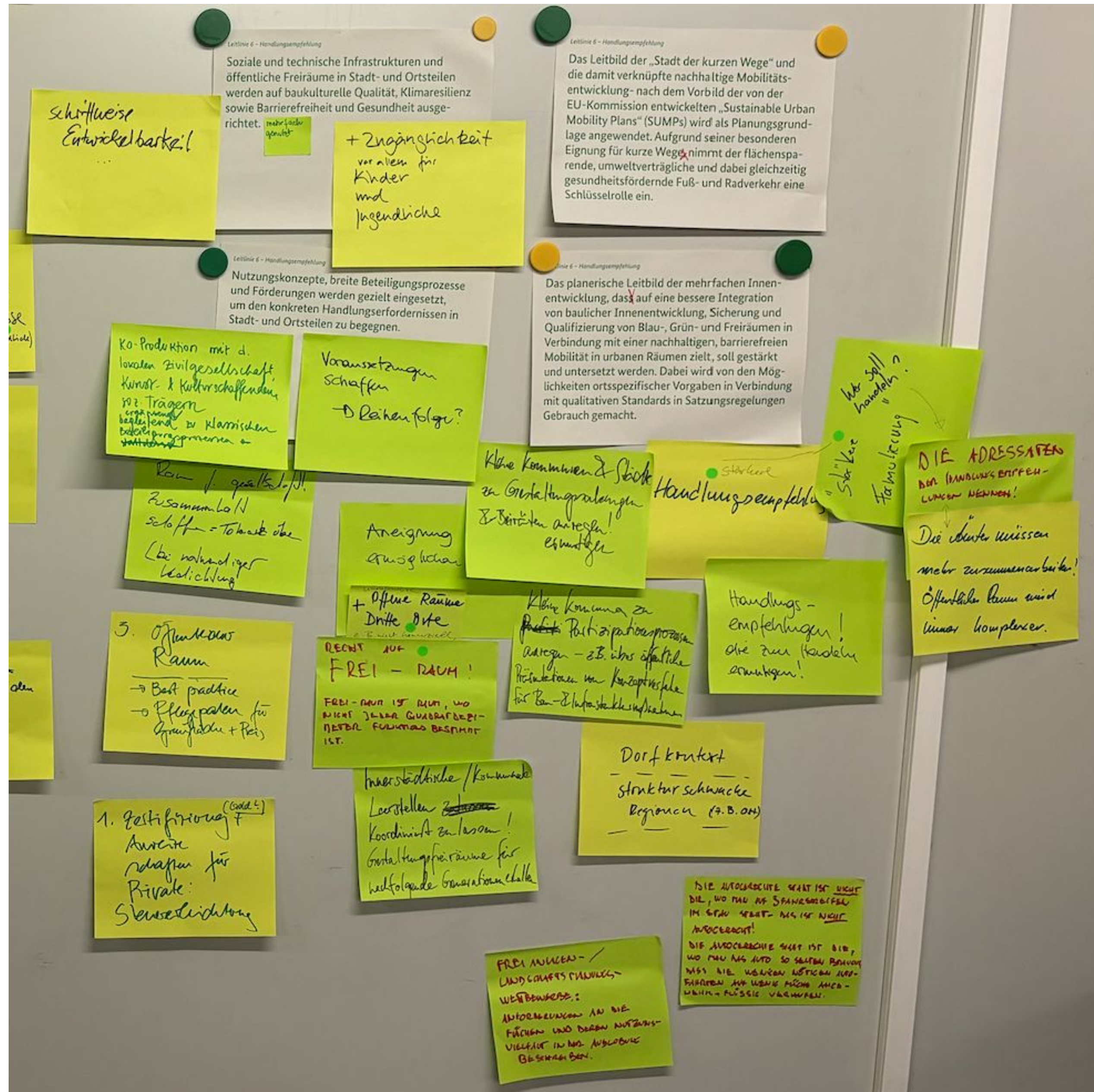
Konzepte für Klimaanpassung müssen rechtzeitig im ISEK integriert sein

Tatsächlich integrierte Konzepte (sektorenübergreifend)

Häufige Zielkonflikte: die Diskussion zu Flächen müssen tatsächlich geführt werden

Leitlinie 6

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.



L6 Handlungsempfehlungen

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.

Soziale und technische Infrastrukturen und öffentliche Freiräume in Stadt- und Ortsteilen werden auf baukulturelle Qualität, Klimaresilienz sowie Barrierefreiheit und Gesundheit ausgerichtet.

Dabei sollen sie mehrfach genutzt werden und insbesondere für Kinder und Jugendliche zugänglich sein

Eine schrittweise Entwickelbarkeit ist dabei wichtig!

Nutzungskonzepte, breite Beteiligungsprozesse und Förderungen werden gezielt eingesetzt, um den konkreten Handlungserfordernissen in Stadt- und Ortsteilen zu begegnen.

Kleine Kommunen zu Partizipationsprozessen anregen – z.B. über öffentliche Präsentationen von Konzeptverfahren für Bau- und Infrastrukturmaßnahmen

Kleine Kommunen und Städte zu Gestaltungsräten und Beiräten anregen / ermutigen!

Auch Dorfkontext und strukturschwache Regionen mitdenken! Fokus aktuell stark auf prosperierender Stadt.

Formulierung (Reihenfolge) nicht logisch: Die Beteiligung sollte in Nutzungskonzepte einfließen.

Ko-produktion mit lokaler Zivilgesellschaft und sozialen Trägern sollten ergänzend und begleitend zu klassischen Beteiligungsprozessen einfließen!

Aneignung ermöglichen!

Wir brauchen auch öffentliche Räume, die nicht bestimmten Zwecken zugeschrieben sind. FREI - Raum!

Innerstädtische Leerstellen lassen! Gestaltungsfreiräume für nachfolgende Generationen

L6 Handlungsempfehlungen

Funktionsgemischte, gut gestaltete öffentliche Räume in Innenstädten, Quartieren und Ortsteilen fördern ein gemeinwohlorientiertes, gesundes und gerechtes Leben.

Das Leitbild der „Stadt der kurzen Wege“ und die damit verknüpfte nachhaltige Mobilitätsentwicklung- nach dem Vorbild der von der EU-Kommission entwickelten „Sustainable Urban Mobility Plans“ (SUMPs) wird als Planungsgrundlage angewendet. Aufgrund seiner besonderen Eignung für kurze Wege_x nimmt der flächensparende, umweltverträgliche und dabei gleichzeitig gesundheitsfördernde Fuß- und Radverkehr eine Schlüsselrolle ein.

Das planerische Leitbild der mehrfachen Innenentwicklung, das_x auf eine bessere Integration von baulicher Innenentwicklung, Sicherung und Qualifizierung von Blau-, Grün- und Freiräumen in Verbindung mit einer nachhaltigen, barrierefreien Mobilität in urbanen Räumen zielt, soll gestärkt und unteretzt werden. Dabei wird von den Möglichkeiten ortsspezifischer Vorgaben in Verbindung mit qualitativen Standards in Satzungsregelungen Gebrauch gemacht.

Die Ämter in einer Kommune müssen dringend mehr Zusammenarbeiten!
Der öffentliche Raum wird durch das Mehr an Anforderungen immer komplexer.

Bei Raumentwicklung immer auch Raum für gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen (in dem Toleranz geübt werden kann, trotz notwendiger Verdichtung)

Die autogerechte Stadt ist nicht die, wo man auf Fahrbahnen im Stau steht. Autogerecht ist, wenn man das Auto so selten braucht, dass die wenigen notwendigen Autofahrten angenehm und flüssig verlaufen.

Wer soll handeln? Die Adressaten der Handlungsempfehlungen müssen (stärker) genannt werden!

Beteiligung bedeutet Mehr!

Der Bund sollte deutlicher Beteiligungsprozesse (vor allem mit Kindern, Jugendliche, Migranten und anderen oft unterrepräsentieren Aktueren), aber auch die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Initiativen fördern und fordern.

Kleine Gemeinden nicht vergessen!

Man kann eine Konzentration der Leitlinien auf die urbanen Räume herauslesen, auch wenn Ortsteile benannt sind.

Adressaten benennen

Aktuell werden in den Handlungsempfehlungen diejenigen, die die Handlungen umsetzen sollen, nicht klar benannt. Europäische Beispiele lehren jedoch, dass nur bei klarer Adressierung auch Ziele erreicht werden können!

Eindrücke aus den Workshops



7 Praxisorientierte Experimentiererräume eröffnen innovative Wege für die Umbaukultur und das Planen und Bauen von morgen.

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Rahmenbedingungen für Experimentiererräume und Reallabore sowie Baukultur stärke Sonderformate der Stadt- und Regionalentwicklung werden gestärkt und internationale Vorhaben unterstützt (z. B. Internationale Bauausstellungen, Neues Europäisches Bauhaus u. a.).

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Der Bund entwickelt seine Expertise im Bereich „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ (ExWoSt) „Zukunft Bau“, „Netzwerk Reallabore“ sowie „Fonds Zero, Klimaneutrale Kunst- und Kulturprojekte“ weiter und richtet diese auf den Bereich der Umbaukultur aus.

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Der Bund stärkt die Umbau- und prozesse in Ländern und Kömmi unterstützende Dialoge vor Ort.

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Die ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Bundesverwaltung sowie Behörden bzw. Institutionen in baukulturelle Fragestellungen w

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Der Bund fördert Netzwerke für von Akteuren in Experimentiererräumen auf nationaler und internationaler Ebene (Davos Baukultur Allianz, IBA-Qc Neues Europäisches Bauhaus).

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Planungswettbewerbe (Richtlinien für Planungswettbewerbe) werden weiterentwickelt und stärker gefördert, um baukulturelle Innovationen und die Stärkung der Klimaanpassung und Verknüpfung mit der grün-blauen Infrastruktur bundes- und europaweit voranzubringen.

Leitlinie 7 - Handlungsziele
 Der Bund fördert Forschung und Innovationen in Reallaboren für eine nachhaltige, klimaschützende und -angepasste sowie sozial-integrative Verkehrs- und Stadtentwicklung.

Übersetzung Experimentiererräume in Praxis
 Rep. Gebäudetype E

Experimentiererräume + Reallabore = Ermessensspielräume

Forschungsergebnisse in die Breite bringen

RPW + ... an die ...
 Versäulung
 Richtlinien für die ...

Wachstum von Baumaßnahmen (RP Bau)

Gewichtung

Experimentieren muss Wirkung haben:
 VERALTETE PRODUKTE, IDEEN, TECHNOLOGIEN MÜSSEN DANN AUCH VERSCHWINDEN

Inklusion: Topf für Experimentiererräume (NIEDRISCHNELLIG)

Kontinuität
 Leislichkeit

mehr Real-labore für Re-use Projekte um Probleme und aktuellen Themen zu bieten und zu vertiefen

7
 INKLUSIVE WERKSCHAFTLICHE NETZWERKE STRUKTUREN FÜR DEN AUSTAUSCH VON AKTEUREN IN DER KOMMUNALEN EBENE

7
 RPW: BETRIEBIGUNG AUCH JUNGER, NEUER BÜROS!

7
 UMBAU KULTUR ERGIBT SICH AUS ANALYSE + BEWERTUNG DES BESTEHENDEN. ERST NACHHER ENTSCHEIDUNG ÜBER OB + WIE DAS UMBAUEN

Umbaukultur die Heisale / ins Feld bringen!

7
 Einfluss Bund auf Bildungsbau (baukulturelle Bildung + (Umbau)kultur)

7
 Planungswettbewerb
 ⇕
 Planungswerkstatt

7
 EINFÜHRUNG VON QUOTEN FÜR GESAMTE EXPERIMENTIERERRÄUME

7
 Leitlinie 7
 - Die kann Förderung konkret ausrichten!

7
 Auftragsvergaben für den gesamten Team!

7
 LEITFADEN ZUR VERFÜGBARKEIT VON QUOTEN FÜR UMBAU + ANPASSUNGSPROZESSE

7
 Widerspruch RPW - kooperative Partizipation -> Anpassung RPW

7
 Kooperation zwischen Innovationen, fördernder Formate IBA, Intelligen etc fördern

7
 Planungswettbewerbe
 - baukult Innov
 - Klimaanpassung
 - Ressourcenschonung
 - Umweltschutz

7
 Heidelberg
 Neunheimer Feld
 digitale & analoge Partizipation

7
 Zeit für Kommunikation

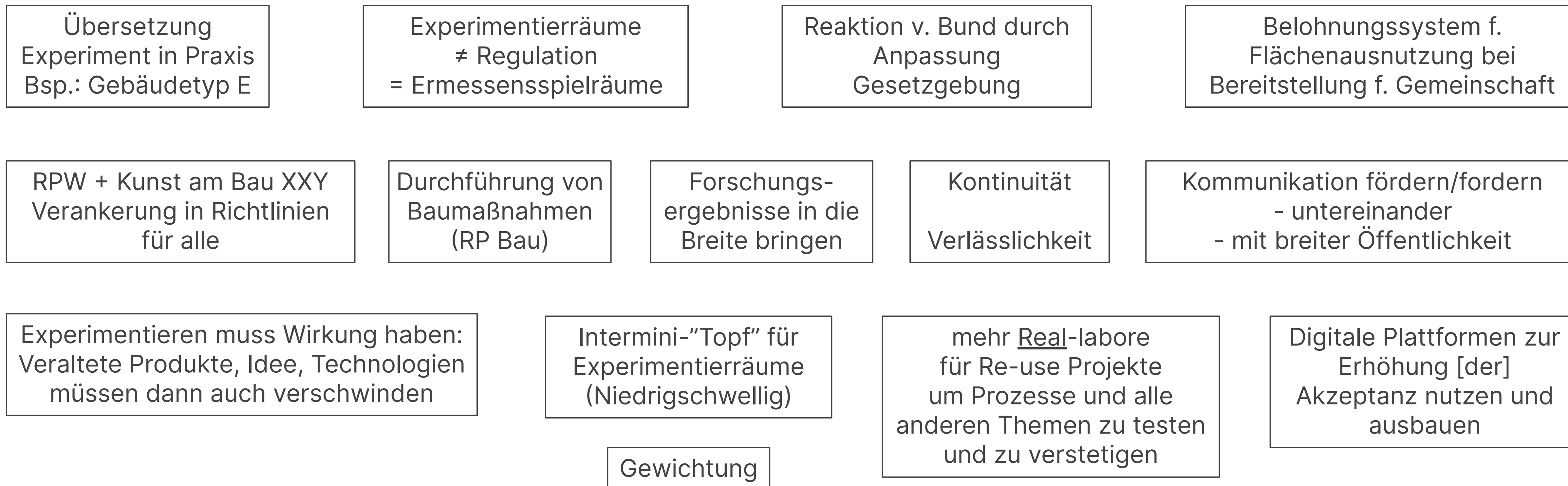
7
 Wirksamkeit aufsuchende Bewertung
 Grateklassen in Bürgerrat, Bremen

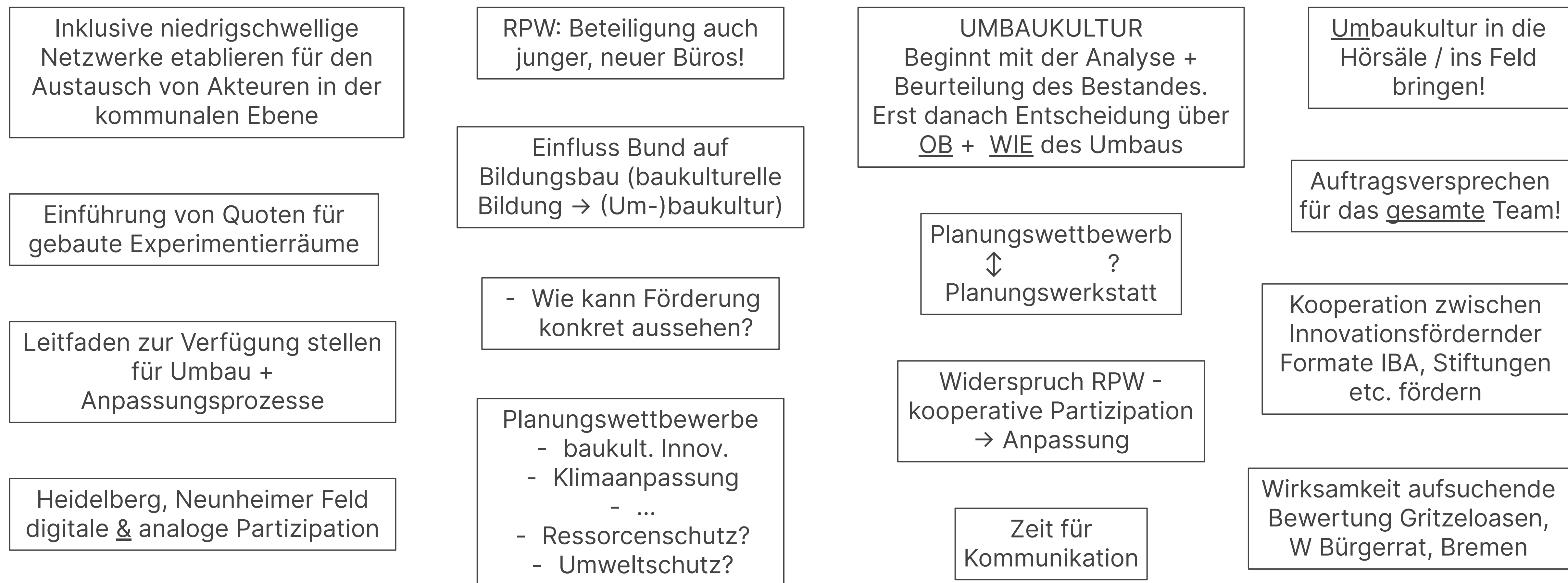
Leitlinie 7

Praxisorientierte Experimentiererräume eröffnen innovative Wege für die Umbaukultur und das Planen und Bauen von morgen.

L7

Praxisorientierte Experimentierräume eröffnen innovative Wege für die Umbaukultur und das Planen und Bauen von morgen.

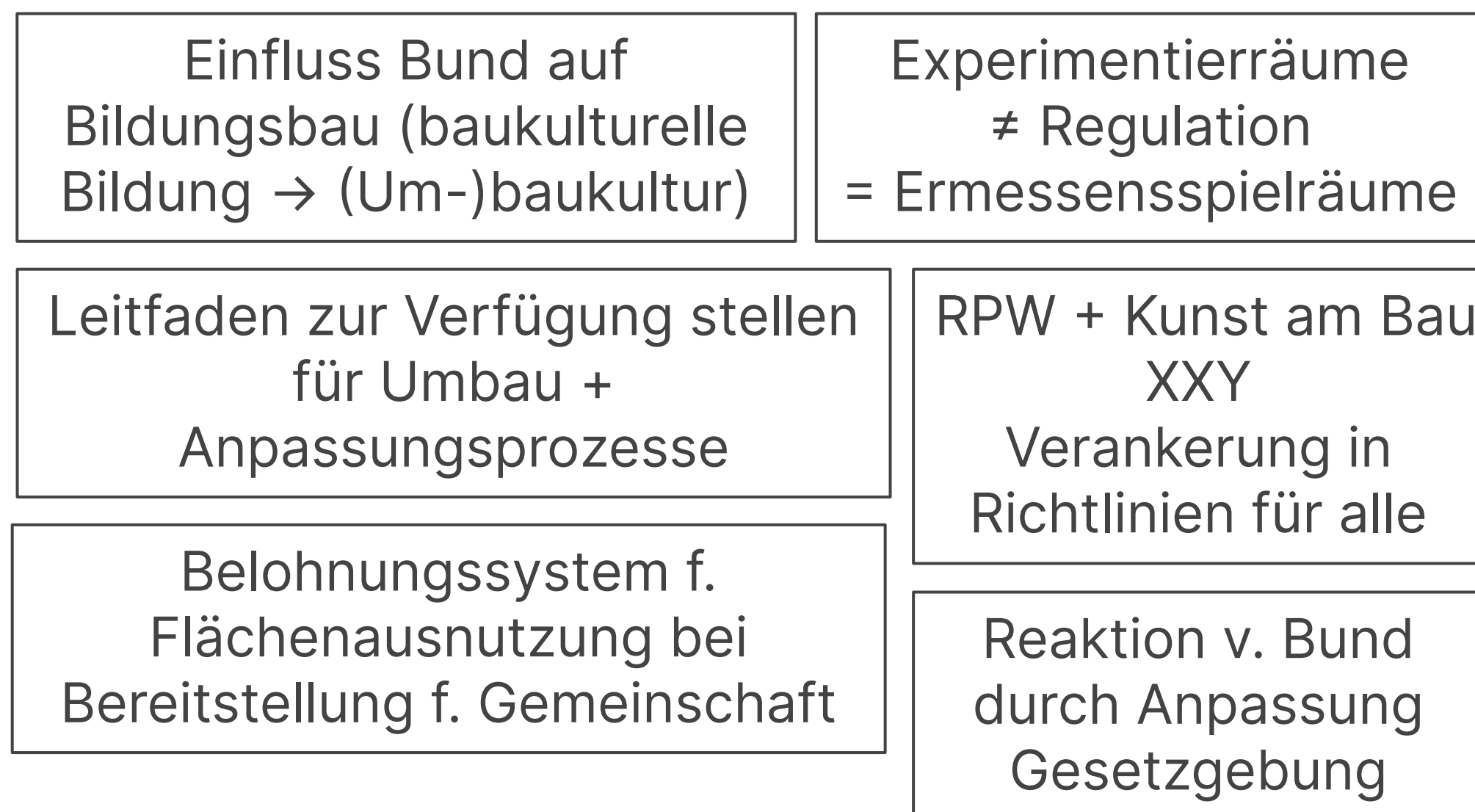




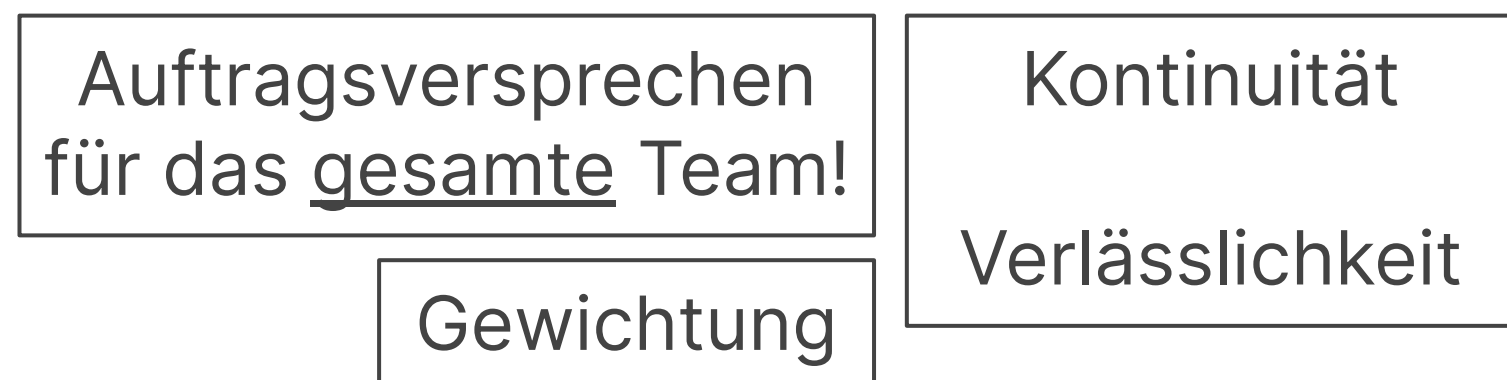
L7

Praxisorientierte Experimentierräume eröffnen innovative Wege für die Umbaukultur und das Planen und Bauen von morgen.

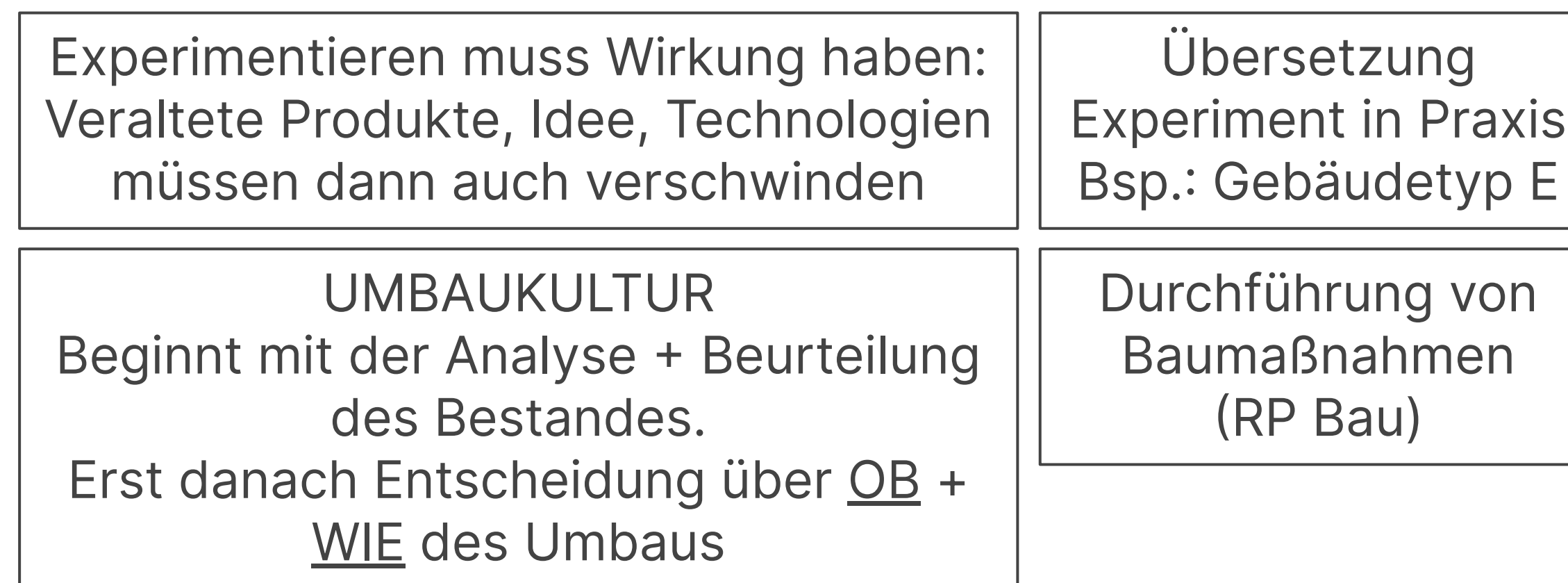
Formeller und informeller Rahmen



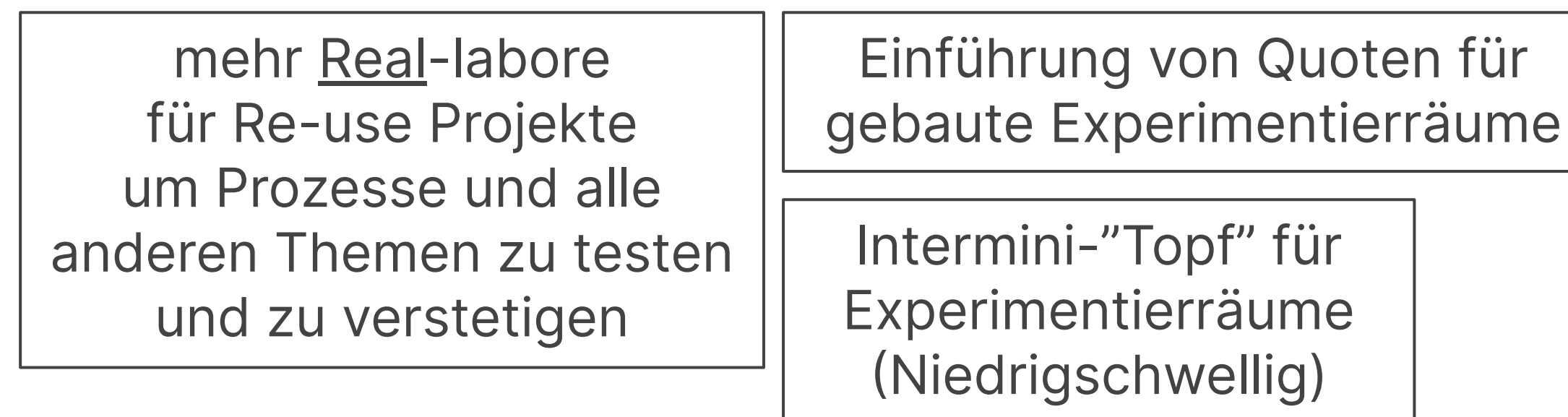
Grundsätze



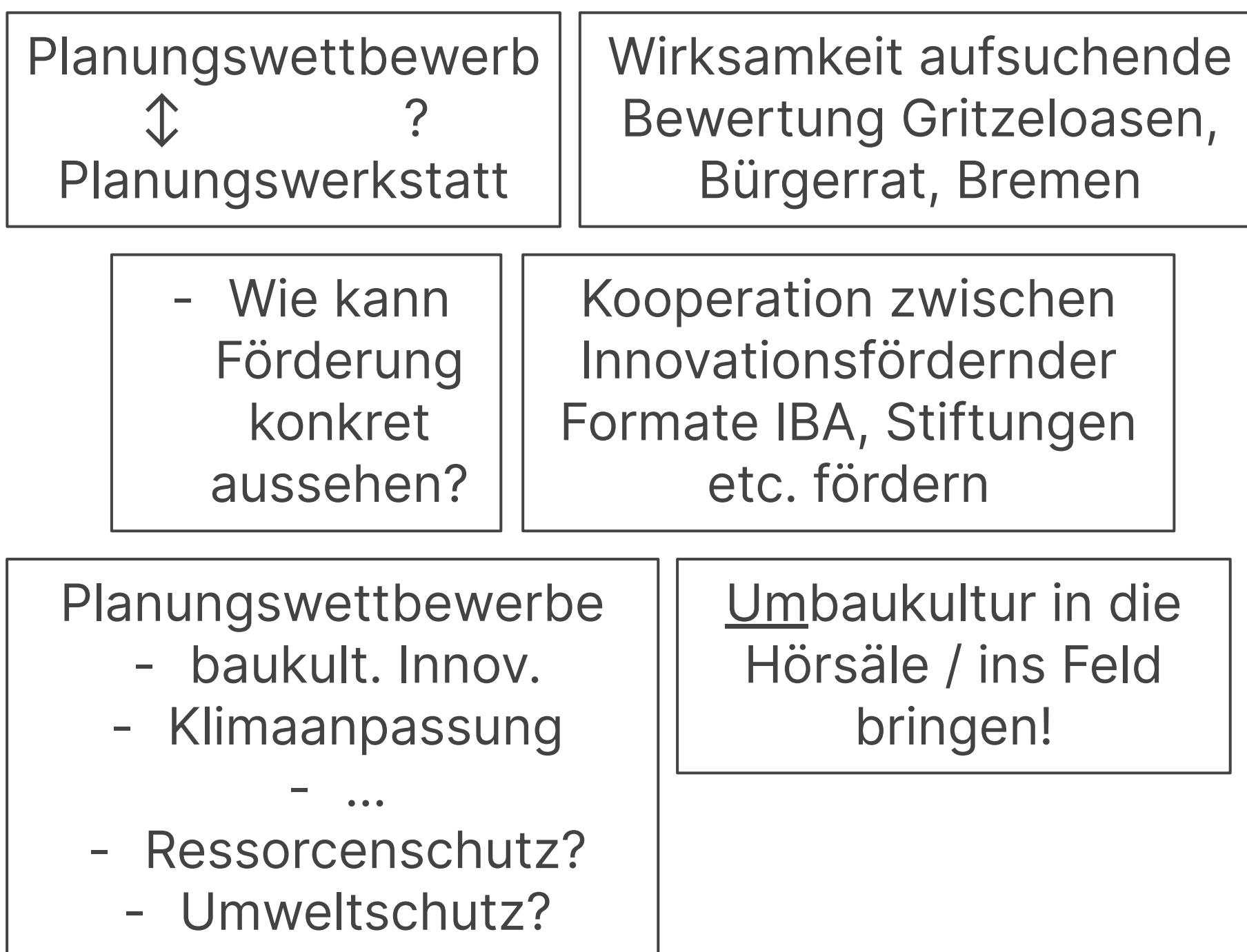
Praktische Perspektive



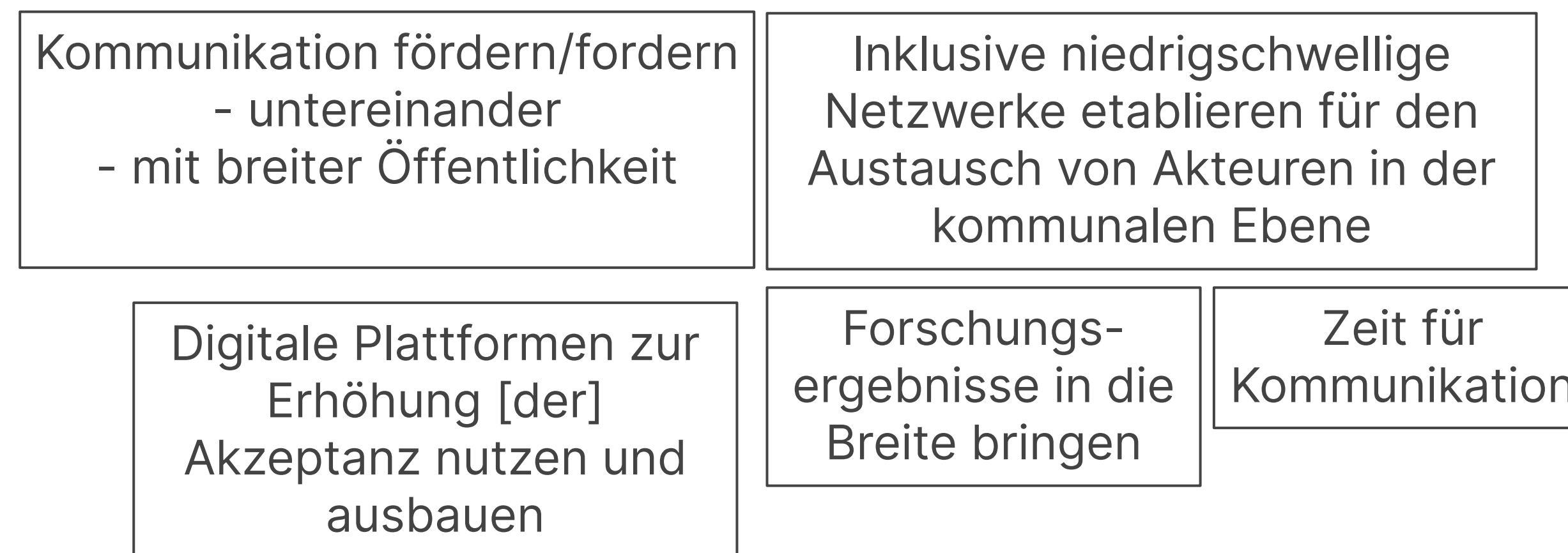
Gestaltung der Experimentierräume



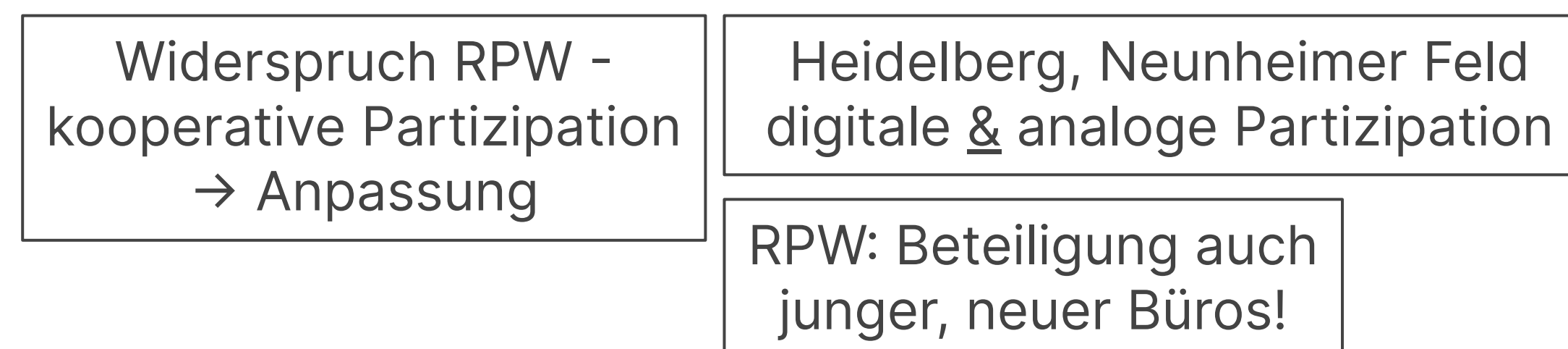
Weitere Formate



Kommunikation



Partizipation



Sicherstellung von wirksamer und transparenter Partizipation!

Experimentierräume entfalten durch sachgenaue und zeitgemäße Partizipation ihre transformative Wirkung.

Mehr experimentieren und testen!

Die großen transformativen Unterschiede in Stadt und Land erfordern stark ortsspezifische Experimentierräume, die sich weiter raumspezifisch ausdifferenzieren müssen.

Interministerielle Strategie und gemeinsamer Fördertopf für Reallabore und weitere Experimentierräume

Die dezentrale Zuständigkeit für verschiedene Formate und Experimentierräume sollte stärker interministeriell organisiert und zudem mit einer einheitlichen Förderstrategie verkoppelt werden.

Eindrücke aus den Workshops



8 Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.

Integrierte Bewertung von Mehrfachbelastungen durch geringe persönliche und finanzielle Ressourcen zur Anpassung an gesundheitlich günstige Umweltbedingungen wie z. B. Hitze oder fehlendes Stadtgrün wird unterstützt.

Lokale und regionale Partnerschaften erhalten wirksame Unterstützung für die Umsetzung von klimafreundlichen Beteiligungsprozessen der Baukultur vor Ort.

Der Bund empfiehlt und fördert inklusive Beteiligungsverfahren bei geeigneten und von ihm finanzierten und geförderten Planungs- und Bauvorhaben, die eine strukturierte Bedarfsanalyse und eine umfassende Dokumentation sowie die Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse beinhalten. Dies stellt die Basis für ein umfassendes Verständnis der Gebäudekonzeption sowie von Flächenpotenzialen und damit die Grundvoraussetzung für die nachhaltige Weiterentwicklung und Pflege im Sinne der Lebenszyklusbetrachtung dar.

individuelle Betroffenheit berücksichtigen

(Vergabe-)Verfahren als Hinweis für Ko-Produktion, Partizipation, Prozessorientierung (NV - 1 Punkt etc.)

aufsuchende Beteiligung Bürgerseite

Problemlagen & nach Akteuren differenzieren

Massen-gestaltete Kommunikation

Wirksame Partizipation Arch.-soziologisch Beklagt

Forschen & Fordern

Verpflichtung auf eine ernsthafte Umsetzung der Partizipationsprozesse

INTEGRALE PLANUNGSPROZESS

BETEILIGTE ZUR PARTIZIPATION INHALTLICH BEFÄHIGT UND REPRÄSENTATIV AUSWAHLEN (ENLADEN / ABWÄHLEN)

Klimaanpassung Teilhabeprozesse

Experimentieren / Handeln Partizipation fördern

Royal Watters hat's schon auf dem Rahmen geschrieben

ALLE DETAILE VERSTÄNDLICH FORTULIEREN & PROZESSE VERSTÄNDLICH BESCHREIBEN

PROZESSE JEDEM VERSTÄNDLICH UND POLITIK-ROUTINE

FORMULIERUNGEN ÜBERPRÜFEN: INKLUSIVE, SPEZIELLE VERFAHREN: (NACH BEDEUTENDHEIT DER ANFRAGEN ANPASSEN)

Website Bsp Kirchenreform

Montagstreffung Bsp Schulbau

Leitlinie 8 - Dialoge anstoßen, wo? - Dialoge erkan. begleiten, Finanzierung

Leitlinie 8 - Prozessinitiator - " - Beratung - " - Begleitung

Stärkungshilfe z.B. für Kommunen & Private

WIRKSAME UNTERSTÜTZUNG DURCH REBER DEFINIERT WERDEN

Wirksame Partizipationsprozesse brauchen auch Kooperation & Ko-Produktion

Demokratische Räume

WIRKSAM BEDEURFANALYSE ERGÄNZEN UP

Beteiligung aller Beteiligten - z. Verhandeln des Bedarfs (Kooperativ)

Beschreibung von Partizipationsprozessen notwendig

Gemeinden wollen keine Beratung & wollen nicht gebärgt bekommen, was sie selber wollen

Büro für Überblick zur Förderungen überfordernd

Gemeinden wissen oft nicht, was sie wollen

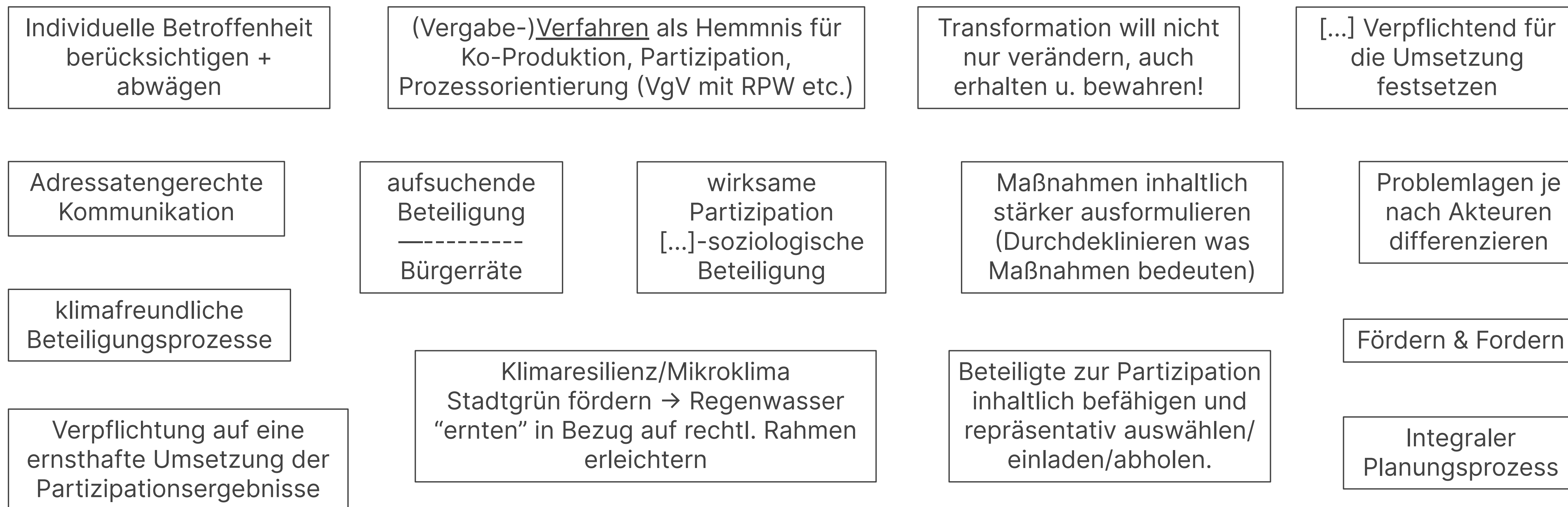
Förderkriterien!

Kümmere, Förderlotsen

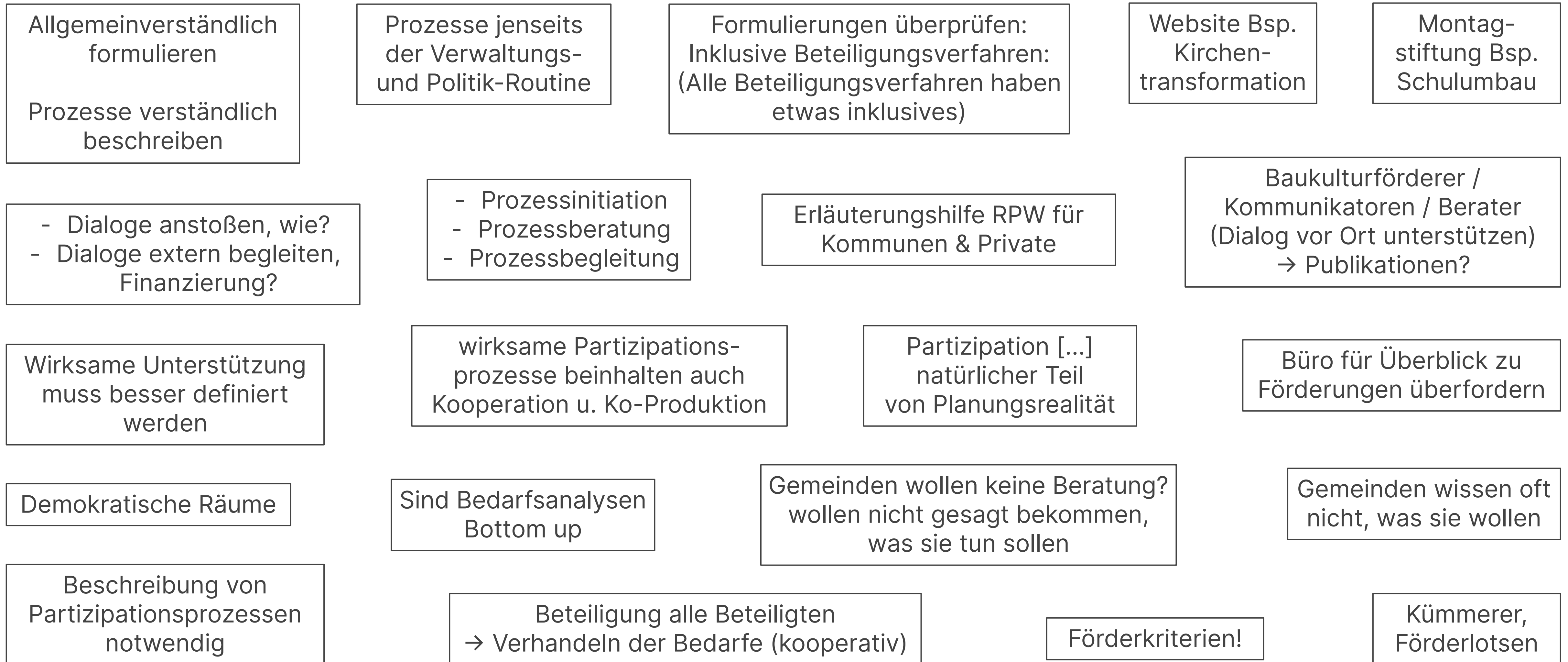
Leitlinie 8

Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.

L8 Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.



L8 Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.



L8 Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.

Beschreibungsanforderungen

Wirksame Unterstützung muss besser definiert werden	Beschreibung von Partizipationsprozessen notwendig
Maßnahmen inhaltlich stärker ausformulieren (Durchdeklinieren was Maßnahmen bedeuten)	Allgemeinverständlich formulieren Prozesse verständlich beschreiben
<ul style="list-style-type: none"> - Prozessinitiation - Prozessberatung - Prozessbegleitung 	Erläuterungshilfe RPW für Kommunen & Private

Eigenschaften von Partizipation

Beteiligung alle Beteiligten → Verhandeln der Bedarfe (kooperativ)		Sind Bedarfsanalysen Bottom up
wirksame Partizipation [...] -soziologische Beteiligung	Beteiligte zur Partizipation inhaltlich befähigen und repräsentativ auswählen/ einladen/abholen.	wirksame Partizipationsprozesse beinhalten auch Kooperation u. Ko-Produktion
Formulierungen überprüfen: Inklusive Beteiligungsverfahren: (Alle Beteiligungsverfahren haben etwas inklusives)	aufsuchende Beteiligung ----- Bürgerräte	Demokratische Räume

Umsetzungsorientierung

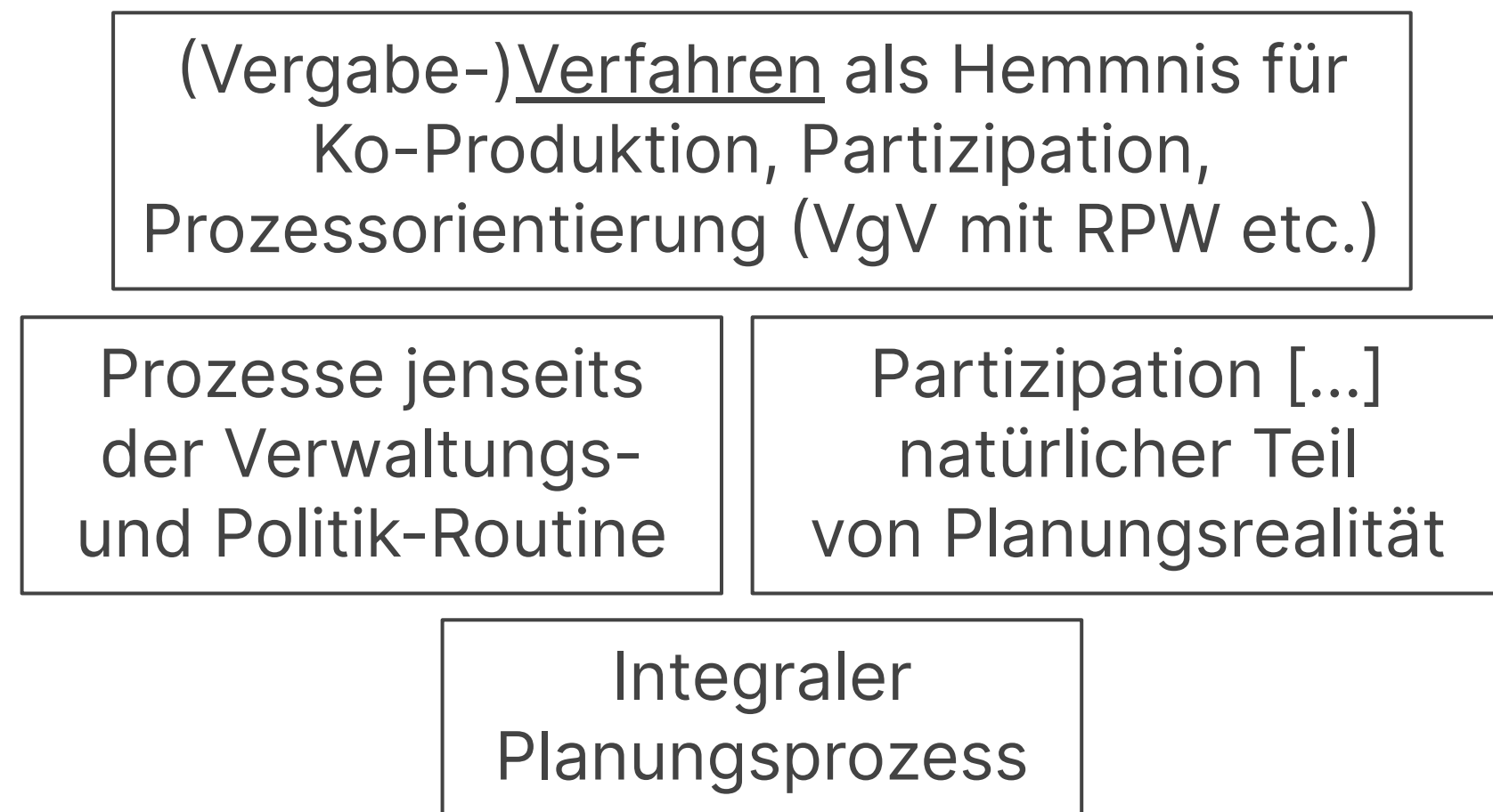
[...] Verpflichtend für die Umsetzung festsetzen	Verpflichtung auf eine ernsthafte Umsetzung der Partizipationsergebnisse
--	--

Individuelle Ansprachen

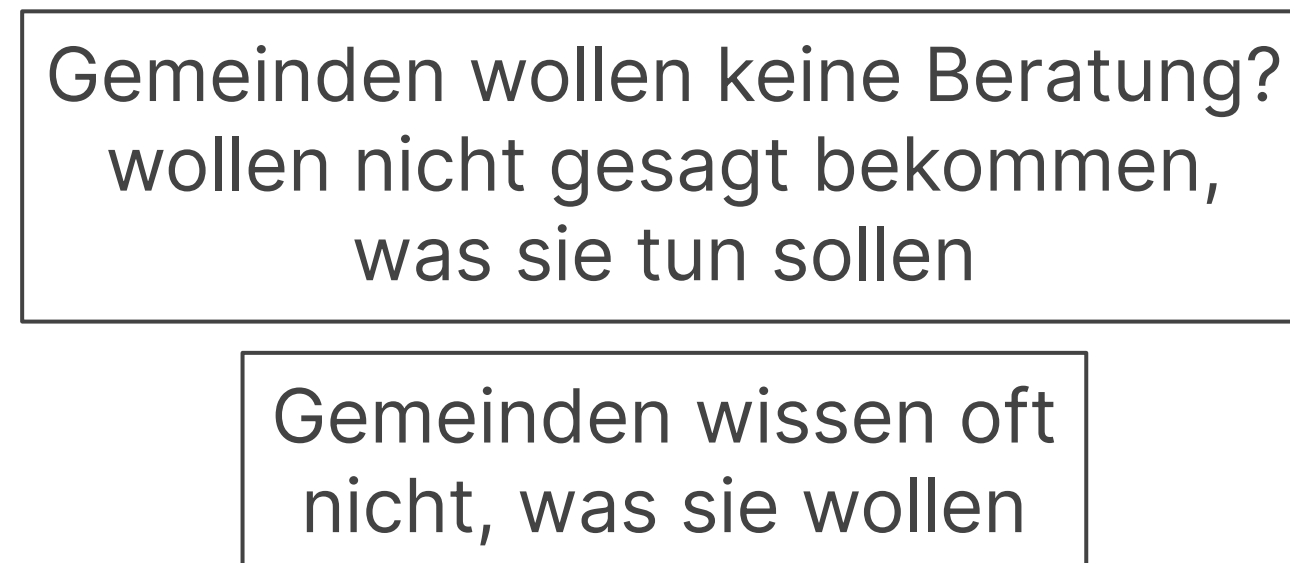
Individuelle Betroffenheit berücksichtigen + abwägen	Problemlagen je nach Akteuren differenzieren	Adressatengerechte Kommunikation
--	--	----------------------------------

L8 Wirksame Partizipationsprozesse berücksichtigen die Bedürfnisse der Menschen vor Ort und ermöglichen eine gemeinsam gestaltete baukulturelle Transformation.

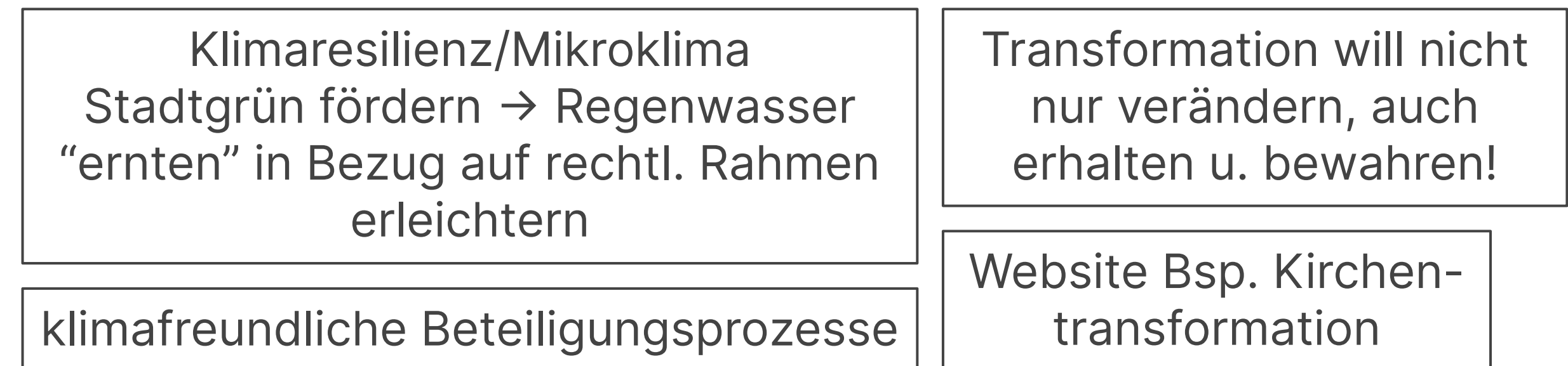
Prozessgestaltung



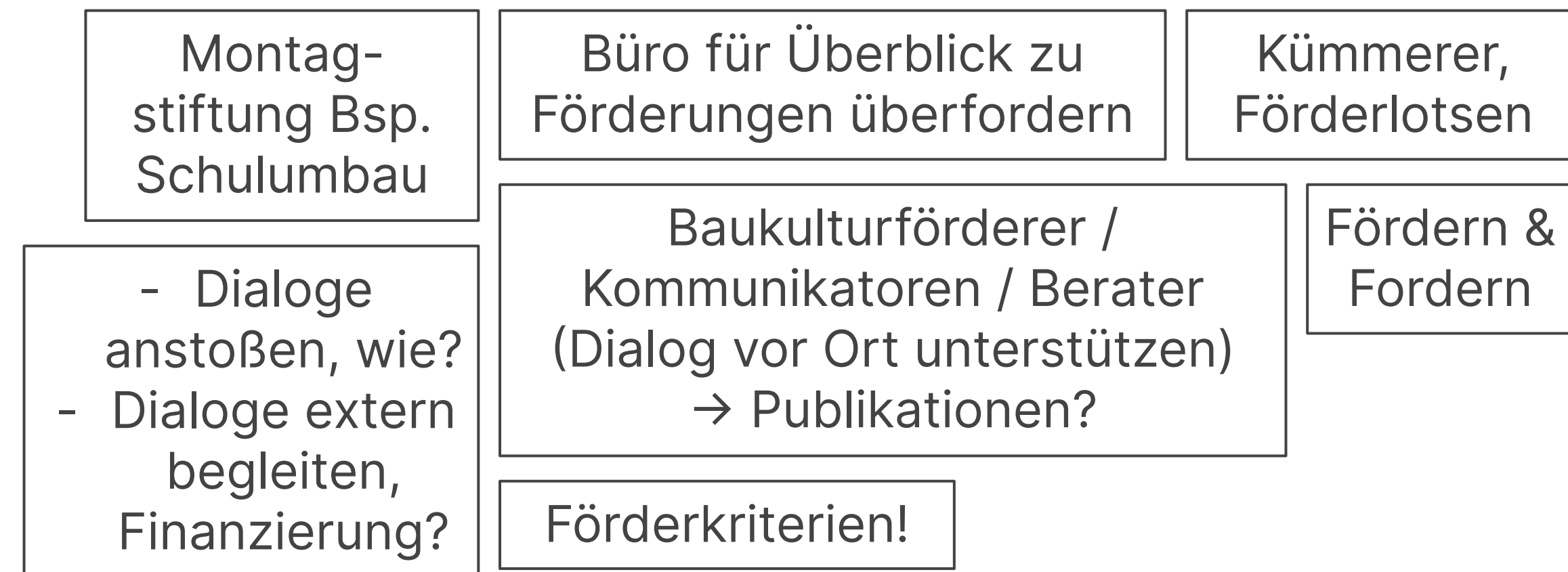
Abläufe in Gemeinden



Inhalte und Themen



Förderung und Beratung



Sicherstellung von Baukultur-Vermittlern auf lokaler und regionaler Ebene

Der Bund soll gewährleisten, dass baukulturelle Transformationsprozesse orts- und regionalspezifische vermittelt werden.

Maßnahmen und Empfehlungen klarer, präziser und verständlicher formulieren

Diese Erkenntnis fordert eine bessere sprachliche und textliche Qualität von Teilen der Maßnahmen und Empfehlungen. Sie muss einfacher, klarer, proaktiver und weniger "beamtendeutsch" klingen.

Proaktive und aufsuchende Beteiligung auf lokaler und regionaler Ebene sichern

Partizipation wird zukünftig als "aufsuchende Beteiligung" "nah am Menschen und seinen Bedürfnislagen" organisiert.

Eindrücke aus den Workshops



1. Einfachere Sprache und veranschaulichende Formulierungen benutzen.
2. Oberziele und abgeleiteten Ziele noch tlw. unklar (z.B. Klimawandel, Umbaukultur).
3. Fokus auf den städtischen/urbanen Raum ist aktuell zu stark, der ländliche, regional geprägte Raum ist stärker zu berücksichtigen (Stadt-Land/UrbanLand).
4. Der Begriff „Schönheit“ fehlt bei der Darstellung der Werte, das ist erläuterungsbedürftig.
5. Die Handlungsempfehlungen sind noch zu unpräzise. Wenn diese nicht adressiert werden, ist eine Umsetzung nicht möglich.
6. Insgesamt ist für die Maßnahmen und Handlungsempfehlungen zu berücksichtigen:
Fokussierung, Priorisierung, Sortierung, Adressierung.